Ein 50 000-faches »nonpd«!

VVN-BdA zieht positive Zwischenbilanz zum 8. Mai 2007

Zum 8. Mai 2007, dem Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, zieht die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) eine erfolgreiche Zwischenbilanz ihrer Kampagne für eine Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens.

Weit über 50 000 Unterschriften gingen seit dem Start der Unterschriftensammlung am 27. Januar 2007 bei der Organisation ein. Zu den Unterzeichnern gehören Prominente, wie Hannelore Elsner und Peter Sodann, Politiker wie der Bürgermeister von Wunsiedel Karl-Willi Beck und die Oberbürgermeisterin von Halle Ingrid Häußler, der katholische Bischof Prof. Gerhard Ludwig Müller und das ehemalige Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Dr. Edgar Most. Zu ihnen gehören außerdem zahlreiche Überlebende aus Konzentrationslagern und faschistischen Haftstätten, Vertreter politischer Parteien und insbesondere der Gewerkschaften, die mit ihrem Namen hinter dieser Forderung stehen.

Ausdrücklich begrüßt die VVN auch die Rede des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zum 1. Mai, in der sich dieser namens der Gewerkschaften ohne Einschränkungen für ein NPD-Verbot aussprach. »Wir freuen uns über die Erklärung des Berliner Innensenators Körting (SPD), der sich ebenfalls für die Wiederaufnahme eines NPD-Verbotsverfahrens einsetzen will«, betont die VVN.

»Diese breite Bewegung für das NPD-Verbotsverfahren ist ein deutlich sichtbares Zeichen von bürgerschaftlichem antifaschistischem Engagement, welches heute dringender denn je ist, wenn man nur die Naziaufmärsche und andere Provokationen sowie das Auftreten von Nazis in Landesparlamenten betrachtet. Die VVN ist Teil dieser demokratischen Bewegung.

Das bisherige Ergebnis unterstreicht einmal mehr unser aktives Eintreten für eine wehrhafte Demokratie gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Geschichtsverfälschung«, betonte Prof. Heinrich Fink, Vorsitzender der VVN-BdA, gegenüber der Presse. »Wer immer noch glaubt, unserer antifaschistischen Organisation ein distanziertes Verhältnis zu Demokratie, Menschen- und Freiheitsrechten entgegenhalten zu müssen, wird hiermit eines Besseren belehrt.«

Lesebuch zur Geschichte der VVN ist da!

Neuerscheinung skizziert 60 Jahre Verbandsarbeit gegen den Faschismus

Die VVN-BdA feiert ihren 60. Geburtstag. Dies nahmen wir zum Anlass, ein Lesebuch zu ihrer Geschichte und Gegenwart herauszugeben.

Es will Dank und Anerkennung gegenüber ihren Gründungsmitgliedern, den Überlebenden der Haftstätten und Konzentrationslager ausdrücken und zugleich die von ihnen aufgebaute und geprägte Organisation vorstellen, die heute auch aus vielen »Nachgeborenen« besteht. Beiträge aus der Feder von Mitgliedern zeichnen die Geschichte der VVN nach und stellen ihre aktuelle Arbeit vor. Zahlreiche Wegbegleiter und Freunde, auch Persönlichkeiten, die bisher die VVN wenig kennen, sowie in Wissenschaft, Politik und Kultur Tätige haben Grußworte in Form kurzer Statements, kleiner Erzählungen oder politischer Kommentare verfasst. Insgesamt wollten wir auch Blicke auf die VVN öffnen, die nachdenklich machen oder zu Diskussion anregen. Aus vielfältigen Beiträgen sollte ein Lesebuch entstehen, in dem man schmökern und dabei in die wechselvolle Geschichte und Gegenwart der bis heute größten Organisation von Überlebenden des NS-Regimes eintauchen kann. Ob dies gelungen ist, möge nun die Leserin und der Leser entscheiden.

Hans Coppi, Nicole Warmbold



Mit Beiträgen von:
Paul Bauer, Esther Bejarano, Lothar Bisky, Norbert Blüm, Annelie Buntenbach, Dietrich Kittner, Artur Brauner, Esther Broß, Hans Canjé, Franz-Joseph Degenhardt, Ludwig Einicke, Ludwig Elm, Heinrich Fink, Karin Friedrich, Udo Gebhardt, Kurt Julius Goldstein, Gregor Gysi, Hildegard Hamm-Brücher, Christoph Heubner, Andrej Hermlin, Sabine Kebir, Heinrich Hannover, Paul Jattke, Stefan Keßler, Andreas Köhn, Stephan J. Kramer, Sebastian Lorenz,Theodor Michael, Cora Mohr, Andreas Nachama, Andrea Nahles, Bruno Osuch, Werner Pfennig, Elke Reuter, Claudia Roth, Romani Rose, Petra Rosenberg, Irene Runge, Regina Scheer, Horst Schmitthenner, Gerhard Schoenberner, Hilde Schramm, Rosemarie Schuder, Coco Schumann, Günther Schwarberg, Dr. Seltsam, Willi Sitte, Axel Smend, Peter Sodann, Dieter Thomas, Karsten Troyke, Rosel Vadehra-Jonas, Marek Vogt, Johannes Zerger und vielen anderen.

60 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Lesebuch zu Geschichte und Gegenwart der VVN. Eine Publikation der VVN-BdA. Berlin 2007. 96 Seiten, A 5, 74 Beiträge, 35 Abbildungen, Vierfarbdruck , ISBN 978-3-00-021280-2.
Ladenpreis 5 Euro. Für Sammelbestellungen bzw. Wiederverkäufer: Ab fünf Exemplaren 4 Euro, ab zehn Exemplare 2,50 Euro zzgl. Transportkosten.

Bestellungen bitte an: Bundesbüro VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Fax: (030) 29784179, E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de

Vorstellung des Lesebuches

mit Autoren und den Herausgebern am 14. Mai um 19.00 Uhr im Café Sybille

Berlin-Friedrichshain, Karl-Marx-Allee 72 (U 5, zw. Bf. Strausberger Platz und Weberwiese)

Bundesweite Abfuhr für Nazis am 1. Mai

Dortmund: Antifaschisten stoppten die Nazis – doch Polizei übernahm Transport

In zahlreichen Städten gab es zum 1. Mai und am 1. Mai Aufmärsche der Neonazis. Überall wehrten sich die Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Gewerkschaften gegen diese Provokationen. In Dortmund und Erfurt konnten die Nazi-Märsche nur sehr reduziert stattfinden.

In der Ruhrgebietsmetropole hatte sich die Spitze der NPD und der »freien Kameradschaften« eingefunden und hier wollten sie ein besonderes Zeichen setzen. Sie konnten dies nur mit Hilfe der Polizei tun, nicht auf ihrer Marschroute; mit Bussen brachte die Polizei die Voigt, Worch, Borchardt und Co. an ihren Kundgebungsort, nicht ohne vorher die Strecke von Anti-Nazi-Plakaten zu reinigen!

Die ARD-Tagesschau berichtete unter anderem: Tausende Bürger haben am 1. Mai in mehreren Städten gegen Aufmärsche der rechten Szene demonstriert. In Dortmund, Erfurt und anderen Städten kam es allerdings auch zu gewaltsamen Ausschreitungen auf beiden Seiten der Demonstranten. Auf einer DGB-Kundgebung in Dortmund forderte Gewerkschaftschef Michael Sommer vor mehr als 800 (es waren 2000, zum Abschluß 5000, die Red.) Teilnehmern ein Verbot der NPD »ohne Wenn und Aber«.

Parallel versammelten sich in Dortmund rund 650 Rechtsextreme zu einer Demonstration. Eine Gegendemonstration mit rund 1800 Teilnehmern wurde vorzeitig aufgelöst. Daraufhin legten »Teile der Demonstranten« (nach Angaben von Polizei und Bahn) Brände an Gleisanlagen, was zu schweren Beeinträchtigungen im Nahverkehr führte. Anschließend stoppte die Polizei einen nicht angemeldeten Zug der mehr als 600 Rechtsextremisten, die versuchten, zu Fuß in die Innenstadt vorzudringen. Mindestens 133 Personen wurden vorübergehend festgenommen, vier Polizisten verletzt. »Das war alles andere als ein friedlicher 1. Mai«, sagte ein Polizeisprecher.

In Nürnberg traten rund 5000 Demonstranten gegen einen Aufmarsch von rund 200 Anhängern der rechtsextremen NPD an. Bayerns Innenminister Günther Beckstein rief die Bürger dazu auf, die »Demokratie gegen die Rechtsextremisten zu verteidigen«. Linke und autonome Demonstranten störten Becksteins Rede mit Sprechchören.

Auch in Norddeutschland gab es Proteste gegen Neonazis. In Vechta beteiligten sich rund 1300 Menschen friedlich an Gegenveranstaltungen zu einem NPD-Aufmarsch. In Neubrandenburg und Bad Bramstedt demonstrierten hunderte Menschen.

Erfurt: NPD-Anhänger werfen Steine

In Erfurt wurden bei einem Aufmarsch von Neonazis und Gegenveranstaltungen laut Polizei mehrere Menschen verletzt. Die Einsatzkräfte seien aus den Reihen der rund 1800 NPD-Anhänger mit Pflastersteinen und Flaschen attakkiert worden, einige Beamte seien tätlich angegriffen worden. Auch auf Seiten der etwa 2500 Gegendemonstranten habe es »massive Sachbeschädigung« gegeben, sagte eine Polizeisprecherin. In den hessischen Städten Raunheim und Rüsselsheim versuchten NPD-Anhänger, den Tag der Arbeit für eigene propagandistische Zwecke zu nutzen. Dem stellten sich rund 1500 Menschen auf zwei DGB-Veranstaltungen entgegen.

»Regierung stellt sich blind und taub«

Aus einem Bericht von ARD-Tagesthemen vor dem 1. Mai: Neonazis wollen am 1. Mai in allen Teilen Deutschlands aufmarschieren. Doch der Bundesregierung liegen nach eigenen Angaben keine Erkenntnisse darüber vor, dass sich NPD und andere Gruppierungen bei ihren Aufmärschen koordinieren. Recherchen von tagesschau.de belegen das Gegenteil. Die Zusammenarbeit ist in diesem Jahr sogar besonders intensiv. Und die Opposition wirft der Regierung vor, den organisierten Rechtsextremismus zu verharmlosen.

NPD und Neonazis wollen am Internationalen Tag der Arbeit in mehreren deutschen Städten aufmarschieren und setzen dabei auf eine Verteilung über das gesamte Bundesgebiet: Die Veranstaltungen sollen in Neubrandenburg (Nordost), Vechta (Nord), Dortmund (West), Erfurt (Südost), Rüsselsheim und Raunheim (Südwest) sowie in Nürnberg (Süd) stattfinden. Von einer zentralen Demonstration zum 1. Mai sieht die NPD in diesem Jahr ab. Die rechtsextreme Partei mobilisiert bereits bundesweit zu ihren Aufmarsch am 2. Juni in Schwerin gegen den G8-Gipfel. Offensichtlich sind zwei bundesweite Veranstaltungen innerhalb weniger Wochen zu viel für Partei und Anhänger.

Die Linksfraktion stellte zum Thema Neonazis und 1. Mai eine Anfrage im Bundestag: Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Absprachen verschiedener rechtsextremer Kräfte zur Koordination bundesweiter Aktivitäten vor? Die Antwort der Regierung: Keine.

»Koordination bisher erfolgreich«

Dabei beobachten Experten und Verfassungsschützer bereits seit Monaten sehr wohl Absprachen und eine enge Zusammenarbeit der rechtsextremen Akteure auf den 1. Mai hin, den die Neonazis in einen »Tag der deutschen Arbeit« umdeuten wollen. Der Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern teilte auf Anfrage von tagesschau.de mit, es gebe bei dem geplanten Aufmarsch in Neubrandenburg eine Kooperation zwischen NPD und anderen Neonazi-Gruppen. Auch ein Sprecher des bayerischen Verfassungsschutzes bestätigte dies bezüglich des Aufmarsches in Nürnberg. Die Integration vieler Neonazi-Kader in die NPD zeigt bereits seit langem die enge Zusammenarbeit, hieß es. Dies gelte auch für die Veranstaltung am 1. Mai.

Bei dem geplanten Aufmarsch in Dortmund wird besonders deutlich, dass NPD und Neonazi-Kader gemeinsam agieren und ihre Aufmärsche koordiniert haben. Dort wird neben NPD-Chef Udo Voigt auch der Hamburger Neonazi Christian Worch sprechen, der die NPD sonst gerne öffentlich kritisiert. Dagmar Pelzer, Sprecherin des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen, teilte tagesschau.de mit: Die 1. Mai-Demonstration in Dortmund »wird von den Freien Kräften veranstaltet und von Mitgliedern der NPD unterstützt«. Sie sei ein Beispiel für die Zusammenarbeit der Akteure.

Worch selbst hatte bereits Anfang des Jahres seine für den 1. Mai in Leipzig angemeldete Demonstration zu Gunsten der NPD-Veranstaltung in Erfurt abgesagt. Dies sei der »Versuch einer Koordination zwischen NPD und parteifreien Kräften«, der »überwiegend bisher wohl erfolgreich« sei, schrieb er auf einer Neonazi-Seite. Auf Anfrage präzisierte Worch: Damit solle vermieden werden, dass Demonstrationen zum Thema 1. Mai von verschiedenen Veranstaltern örtlich derartig dicht beieinander liegen.

Die Rechtsextremismus-Expertin der Grünen-Bundestagsfraktion, Monika Lazar, kommentierte die Antwort der Bundesregierung zum 1. Mai gegenüber tagesschau.de: »Anscheinend blendet die Regierung alle derartigen Signale aus dem ultrarechten Lager aus.« Die Antwort »legt nahe, dass die Bundesregierung sich blind und taub stellt und sämtliche Verlautbarungen aus dem rechtsextremen Spektrum konsequent ignoriert. Teilweise funktioniert der Informationsfluss im verfassungsfeindlichen Lager heute besser als unter Demokratinnen und Demokraten.«

Ulla Jelpke von der Linksfraktion sagte, für die Bundesregierung sei Rechtsextremismus offenbar nur dann ein Problem, wenn er dem Image Deutschlands im Ausland schade. Man scheine nach der Maxime zu handeln: »Je weniger die faschistische Gefahr in der Öffentlichkeit bekannt wird, desto besser. Darum wird verharmlost, wo es nur geht.«

NPD verbieten – Aufmärsche untersagen

Landesversammlung der VVN-BdA Hessen

»In memoriam Peter Gingold« war Leitmotiv der Landesversammlung der VVN-BdA Hessen.

Im Gedenken an den im Oktober 2006 verstorbenen überragenden Antifaschisten waren die versammelten Mitglieder und Gäste mit einem Doppelthema konfrontiert: Dem historischen Rückblick von Ulrich Schneider auf 60 Jahre VVN (siehe *antifa* Jan./Feb.'07) und der Einstimmung auf die bundesweite Kampagne »NPD-Verbot jetzt«. Eindringlich und sachkundig erläuterte VVN-Bundesgeschäftsführer Thomas Willms die Gründe, Ziele und Modalitäten der Anti-NPD-Aktionen. Gestützt auf erdrückende Beweise aus NPD-internen Materialien appellierte Willms an den Bundestag, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD auf den Weg zu bringen.

Der Vorsitzende des DGB Hessen/Thüringen, Stefan Körzell, bezog in seiner Ansprache unmissverständlich Stellung gegen die NPD und den von den Neonazis angedrohten Aufmarsch in Frankfurt:

»Rechtsextremisten und ewig Gestrige haben in dieser Gesellschaft keinen Platz. Alle Menschen, denen das hohe Gut der Demokratie wichtig ist, müssen gemeinsam Auftritte von rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen verhindern.« Damit rief Stefan Körzell dazu auf, den für den 7. Juli 2007 in Frankfurt geplanten Aufmarsch der NPD zu verhindern. Der VVN bescheinigte er, nach Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des Hitlerregimes durch ihre Aufklärungsarbeit das Ihrige getan zu haben, um in Deutschland wieder demokratische Strukturen aufzubauen. Wenn es nicht gelinge, dem Rechtsextremismus die Basis für das Wuchern in breite Teile der Gesellschaft zu nehmen, sei die Wehrhaftigkeit der Demokratie gefährdet.



Für das Verbot der Nazi-Aufmärsche: Stefan Körzell, DGB-Vorsitzender Hessen/Thüringen, auf der Landesversammlung. Foto: Kamran-Nemati

Stefan Körzell forderte die Verantwortlichen der Stadt Frankfurt auf, alle ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln auszuschöpfen, damit die für den 7. Juli in Frankfurt am Main angemeldete NPD-Demonstration untersagt wird. Er erinnerte auch an die besondere Rolle der Justiz. Eine unabhängige Justiz, wie sie in Deutschland garantiert sei, habe aus der Geschichte heraus eine besondere Verantwortung, gefährliche Entwicklungen in der Gesellschaft zu verhindern. Notfalls müsse durch alle juristischen Instanzen hindurch das öffentliche Auftreten aller rechtsextremistischen Gruppierungen auf den Marktplätzen dieser Republik verhindert werden. Auf keinen Fall, so der hessische DGB-Vorsitzende, dürfe das eintreten, was in den vergangenen Jahren bei ähnlichen Anlässen Praxis gewesen sei, dass nämlich Polizisten ihre Köpfe dafür hinhalten mussten, wenn die Justiz in letzter Sekunde entschieden hat, dass Neonazis doch aufmarschieren dürfen. Dem Wiedererstarken des Neofaschismus müsse eine Allianz aller demokratischen Parteien und Institutionen, Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Bürgerinnen und Bürger entgegen gesetzt werden, forderte Körzell.

Wahlen

Die Wahl des Sprecherkreises erfolgte geheim. Gewählt wurden Peter Altmann, Dieter Bahndorf, Rolf Heinemann, Kamran Khandan-Nemati, Barbara Leissing, Cornelia Roch, Peter C. Walther. Als Kassiererin wurde erneut Monika Kanzler-Sackreuther gewählt.

Als hessische Vertreter im Bundesauschuss wurden bei einer Enthaltung gewählt: Monika Kanzler-Sackreuther und Peter C. Walther, als Vertreter Dieter Bahndorf und Jürgen Hinzer.

Einstimmig wurden Peter Lob und Jan Stemme als Revisoren gewählt. Als Mitglieder der Beschwerdekommission wurden Ottilia Altmann, Artur Roth und Alexa Stolze berufen.

Anträge

Der Antrag des Landesausschusses zur Änderung der Landessatzung wurde bei einer Enthaltung angenommen. § 10, Absatz 1, erhält damit folgenden Wortlaut: »Das höchste Organ der Landesvereinigung ist die Landesversammlung. Sie kann auf Beschluss des Landesausschusses als Landesdelegiertenkonferenz oder als Landesmitgliederversammlung durchgeführt werden. Sie wird mindestens alle drei Jahre auf Beschluss des Landesausschusses einberufen.«

Ein Initiativantrag von Rolf Heinemann und anderen wurde einstimmig angenommen. Er besagt, die Landesversammlung möge sich für die Errichtung einer Erinnerungsstätte für verschleppte und ermordete Juden in der ehemaligen Frankfurter Großmarkthalle einsetzen.

Resolution der Landesversammlung der VVN-BdA Hessen am 3. März 2007

Für ein Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen!

Die Nazis verhetzen wie eh und je die Menschen und stacheln zu Fremdenfeindlichkeit an. Sie bestreiten den Massenmord an Juden, Sinti und Roma, also die systematische Vernichtung von Millionen Menschen in den Konzentrationslagern der deutschen Faschisten. Dafür darf es kein »Verständnis«, aber auch keine Presse- und Meinungsfreiheit geben. Solche menschenverachtende Politik muss geächtet werden.

Im Protest und Widerstand gegen die Nazis müssen sich alle zusammenfinden, die Deutschland demokratisch, weltoffen, multikulturell und solidarisch gestalten wollen.

Alle sind aufgerufen, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in Vereinen und Gruppen hierzu einen Beitrag zu leisten. Das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen ist dringend geboten und längst überfällig!

Die geplanten Aufmärsche von Neonazis in Frankfurt und anderen hessischen Städten müssen verhindert werden.

Aufruf aus Frankfurt/Main:

Nazi-Aufmarsch aktiv verhindern

Die Frankfurter Anti-Nazi-Koordination ruft gemeinsam mit vielen anderen Demokraten und Antifaschisten zur aktiven Verhinderung der Nazi-Demonstration am 7. Juli 2007 auf. In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hieß es in der NPD nach einigen gescheiterten Anläufen, in Frankfurt demonstrieren zu wollen: »Nie wieder Frankfurt«.

2001, 2002 und 2003 versuchten Nazi-Aktivisten aus dem Bereich der Freien Kameradschaften ihre zum Teil bundesweit beworbenen Demonstrationen in Frankfurt durchzuführen – sie wurden blockiert und scheiterten ebenso.

Dabei soll es auch 2007 bleiben.

Wir wollen im alltäglichen Leben unserer Stadt ein Klima gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus schaffen. Wir fordern den Magistrat auf, ein Verbot der Nazi-Demonstration zu erwirken, das Bestand hat. Sollte eine Demonstration der NPD und ihrer Schlägertrupps dennoch erlaubt werden, müssen wir sie vor Ort blockieren. Wir rufen alle auf, am 7. Juli gemeinsam mit uns aktiv zu werden:

Geht am 7. Juli 2007 mit uns auf die Strasse! Lasst uns den Nazis dort entgegentreten, wo immer sie demonstrieren wollen!

Rüsselsheimer Appell

Gegen den Neonazi-Aufmarsch



Weit über 500 Personen und Gruppen haben bis Mitte April den Rüsselsheimer Appell unterschrieben. Ob Künstler, Politiker, Wirtschaftsvertreter: Nahezu alle Bevölkerungskreise der Stadt richteten sich gegen einen NPD-Aufmarsch am 1. Mai. Es folgt der Wortlaut des Appells:

Wir wenden uns entschieden gegen den von der NPD für den 1.Mai angekündigten Aufmarsch der Neonazis in Raunheim und Rüsselsheim. Wir lehnen jeden Nationalismus, Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus ab, ebenso jede Missachtung von Menschen, gleich wo sie herkommen, wie sie aussehen, denken und fühlen.

Wir leben in einer Stadt des Friedens. Wir leben und gehören zusammen. Auch Probleme lösen wir gemeinsam. Neonazis vergiften mit ihren hetzerischen Parolen das Zusammenleben der Menschen. In den zwölf Jahren der Nazidiktatur haben wir schmerzhaft erfahren, was Naziherrschaft bedeutet: Unterdrückung und Gewalt, Menschenverachtung, Zerstörung und Tod. Das darf sich niemals wiederholen. Deshalb dürfen wir Neonazis nicht gewähren lassen.

Wir begrüßen es, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktivitäten dafür eintreten, dass unsere Stadt bunt und friedlich bleibt – und dass Neonazis hier keinen Platz finden.

Mit einem Reigen von kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten zeigt sich Rüsselsheim am 1. Mai bunt, fröhlich und friedlich – und entschlossen, dafür zu sorgen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 1.Mai auf die Plätze in der Innenstadt zu kommen und sich an den angebotenen Veranstaltungen zu beteiligen. Je zahlreicher wir sind, um so deutlicher wird die Absage an alle, die unsere Stadt zu ihrem Aufmarschgebiet machen wollen.

Wir sagen Ja zu Demokratie, Freiheit und Menschenwürde. Gemeinsam stehen wir gegen jede Art von Intoleranz. Rüsselsheim bleibt bunt – und wird niemals braun.

Von den Aufmärschen vom 1. Mai berichtet diese Beilage auf den ersten beiden Seiten.

Broschüren für Veranstaltungen und Infostände

Die Lagergemeinschaft Buchenwald Dora/Freundeskreis bietet Wiederverkäufern Materialsammlungen an:

Kleines Paket:
4 x Peter Gingold Broschüre, 2 x Lehrjahre im KZ Buchenwald, 2 x Organisierter Widerstand im KZ Buchenwald, 1 x Willy Schmidt, Antifaschist und Gewerkschafter, 1 x Buchenwald - ein KZ (Buch) 1 x CD-Rom Buchenwald – ein KZ. Gesamtpreis 50 Euro (inkl. Porto).

Großes Paket:
10 x Peter Gingold Broschüre, 5 x Lehrjahre im KZ Buchenwald, 5 x Organisierter Widerstand im KZ Buchenwald, 2 x Williy Schmidt, Antifaschist und Gewerkschafter, 2 x Buchenwald – ein KZ (Buch), 2 x CD-Rom Buchenwald – ein KZ. Gesamtpreis 100 Euro (inkl. Porto)

Bestellungen mit Lieferanschrift per E-Mail an: dr.u.schneider@arcor.de. Die Titel können zu den bekannten Konditionen auch einzeln bestellt werden.



Unterschriften für das Verbot der NPD sammelte die Frankfurter VVN bei vielen Gelegenheiten. Erfolgreich machten die Antifaschistinnen und Antifaschisten der Hessenmetropole auf ihre Kampagne und ihre weitere Arbeit aufmerksam.
Bild: Altmann

NORDRHEIN-WESTFALEN

An der Scheune des Schreckens

Gedenken in der Bittermark, am Wenzelnberg und in Gardelegen

Otto Reutter, der Urberliner und einst gefragtester Coupletsänger, er stammte nicht aus Berlin, sondern aus Gardelegen. In der kleinen Stadt bei Magdeburg wird er geehrt als größter Sohn des Gemeinwesens. »In fünfzig Jahren ist alles vorbei«, hat er gesungen. Doch nie vorbei geht die Erinnerung, die ebenfalls mit dem Namen Gardelegen verbunden ist.



An der Feldscheune Isenschnibbe sprachen Vertreter der Zentralräte der Juden und der Sinti und Roma, ferner der VVN-BdA und IRPK aus NRW.

An einer Mauer am Stadtrand, die einmal Teil einer Scheune des Guts Isenschnibbe war, ist zu lesen: »Wir stehen vor den Mauerresten einer Feldscheune, in der sich am 13. April 1945 eines der grausamsten Verbrechen des Faschismus vollzog. In der Nacht vor ihrer Befreiung, wenige Stunden vor dem Eintreffen der alliierten Streitkräfte wurden hier brutal und unmenschlich 1016 internationale Widerstandskämpfer gegen den Faschismus bei lebendigem Leibe verbrannt.« Und weiter: »Sollte Euch jemals im Kampf gegen Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr Gleichgültigkeit und Schwäche überkommen, so holt Euch neue Kraft bei unseren unvergessenen Toten.«

Die Inschrift blieb bis heute erhalten, wie auch der Friedhof, den die US-Truppen noch im April 1945 ganz im Stile ihrer Soldatenfriedhöfe für die Ermordeten anlegten: Ein weißes Holzkreuz für jedes der über tausend Einzelgräber.

(Fortsetzung auf Seite 6)

HESSEN

Antifaschismus – Friedenskampf – politische Organisation

Ein Lesebuch der Frankfurter Linken

Über die Zeit der Verfolgung und des Widerstandes gibt es viele Zeugnisse von Antifaschisten. Was aber geschah in den nachfolgenden Jahrzehnten der BRD? Wie wurde versucht, die Ideale des Widerstandes in der Politik umzusetzen?

Bevor diese Fragen nur noch Geschichte sind, legte jüngst die Heinz-Jung-Stiftung unter dem Titel »Linke im Kalten Krieg« ein Lesebuch über die Zeit von 1945 bis 1968 in Frankfurt/Main vor. Das Besondere an diesem Band: Die Handelnden präsentieren ihre Erfahrungen selbst. 22 Männer und Frauen, Gewerkschafter, Friedensaktivisten, Kommunisten und Sozialisten, gut die Hälfte von ihnen Mitglieder der VVN, präsentieren ihre Einschätzungen und Erlebnisse des politischen Kampfes. Die Vielfalt der Themen kann man an der Liste der Befragten erkennen: Aus der Gruppe der Widerstandskämpfer Rola Schäfer, Hans Schwert, Peter Gingold und Lorenz Knorr, aus der Kriegsgeneration Günter Arndt, Hans Brakemeier und Heiner Halberstadt und als Aktivisten der Jugendorganisationen Ellen Weber, Rudi Schuster, Manfred Laus und Ruth Malkomes.

In ihren Erinnerungen berichten sie anschaulich vom Kampf für einen demokratischen Neuanfang nach dem verlorenen Krieg, über die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten und die Debatten um die Hessische Landesverfassung. Ellen Weber schildert den kulturellen Aufbruch und den Neubeginn der Jugendarbeit bei der FDJ, andere berichten über die Falken, die Naturfreunde oder die Gewerkschaftsjugend. Politische Auseinandersetzungen um Westintegration und Wiederbewaffnung, KPD-Verbot und alte Nazis, NATO-Beitritt und Godesberger Programm, die Kriege in Algerien und Vietnam, durchziehen wie ein roter Faden alle Berichte.

Und immer wieder stehen Organisationsfragen im Zentrum – so bei Heinz Brakemeier, Lorenz Knorr und Ellen Weber –, sind doch alle Befragten seit Jahrzehnten Mitglieder in Gewerkschaften und verschiedenen sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen Parteien, wie dem Personenregister zu entnehmen ist.

Die Herausgeber beschreiben das Editionsprinzip des Buches wie folgt: »Weil historische Prozesse und historisches Erleben und Erinnern aufeinander angewiesen sind, liegt ihm die Überzeugung zugrunde, dass es großer und kleiner Erzählungen bedarf, um eine geschichtliche Periode und die in ihr lebenden Menschen zu verstehen. So hat dieser Band den Charakter eines Mosaiks, dessen verschiedene Teile doch ein Ganzes bilden und in den je einzelnen Perspektiven spiegelt.« Damit erinnere man – sich der Grenzen mündlicher Zeugnisse bewusst – an ein weitgehend vergessenes und verdrängtes Kapitel Frankfurter und deutscher Geschichte. Das größte Manko dieses Buches ist, so Georg Fülberth in seinem Vorwort: »Es kommt zu spät!« Für die hier veröffentlichte Texte gerade noch rechtzeitig. Einzelne Zeugen leben bereits nicht mehr. Damit bleibt das Buch auf Dauer unverzichtbar. **Ulrich Schneider**

Heinz-Jung-Stiftung (Hrsg.): Linke im Kalten Krieg. Autobiographische Berichte aus Frankfurt am Main 1945 bis 1968. PapyRossa Verlag, 374 S., 21 Fotos, ISBN 978-3-89438-370-1, 18,00 Euro.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

DGB-NRW-Vorsitzender Guntram Schneider für NPD-Verbot

Der DGB-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Guntram Schneider, hat den Aufruf »NPD-Verbot jetzt!« der VVN-BdA unterschrieben. Er betonte in einem Gespräch mit VVN-Landessprecher Ulrich Sander, dass der Kampf gegen Rechts Aufgabe aller demokratischen Kräfte ist.

Auf einer Antinazikundgebung in Münster sagte er:

»Für die Gewerkschaftsbewegung ist die Bekämpfung des Neonazismus eine dauernde Aufgabe, die ihre Begründung in der deutschen Geschichte, aber auch im Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen den Nationalsozialismus findet. Allein der Ruf 'Nazis raus' genügt nicht, um wirkungsvoll antidemokratische Umtriebe, in welchem Gewand sie auch immer auftreten, zu bekämpfen. Eine Intensivierung des Geschichtsunterrichts ist unerlässlich, um besonders junge Menschen für Demokratie und Sozialstaatlichkeit zu gewinnen. Nur wer die Geschichte kennt, kann aus Fehlern der Vergangenheit lernen. Es gilt wachsam gegen nazistische Umtriebe zu sein.«



Guntram Schneider

nonpd ist eine Kampagne der VVN-BdA, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

An der Scheune des Schreckens

(Fortsetzung von Seite 5)

Am diesjährigen Gedenktag, am 13. April, sind Vertreter des Internationalen Rombergparkkomitees und der VVN-NRW nach Gardelegen gekommen. Dem Komitee gehören Vertreterinnen und Vertreter aus den sieben Ländern an, aus denen die Opfer der Dortmunder Gestapo-Morde im Rombergpark und der Bittermark vom Frühjahr 1945 kamen. An diesem Jahrestag hatten sie auch in Dortmund wieder der Opfer gedacht, so wie jetzt in Gardelegen, wie zwei Wochen später der Opfer in der Wenzelnbergschlucht im Rheinland und derer in Penzberg/Oberbayern. Insgesamt hat das Internationale Rombergparkkomitee 60 Stätten mit Kriegsendphasenverbrechen ausgemacht, und es bemüht sich, die Hinterbliebenen in einem losen Verbund als Opfergemeinschaft zu vernetzen.

Vernetzung von Stätten der Kriegsendverbrechen

»Sie werden mit uns verrecken« mit diesen Worten hatte Heinrich Himmler im März 1945 die Kriegsendphasenverbrechen angekündigt und den Mord an Tausenden NS-Opfern befohlen. Während zahlreiche geheime Bemühungen von Nazioberen zu verzeichnen waren, um eine Wende des Krieges – eine Wende zu einer Einigung mit dem Westen zur Fortsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion – zu erreichen, ist gleichzeitig ein Mordfeldzug gegen deutsche und ausländische Antifaschisten und gegen wehrunwillige deutsche Soldaten gestartet worden. Viele Tausend kamen ums Leben. Die Nazis fürchteten, diese Nazigegner, vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter,

Filbinger-Urteile bis 5 nach 12

könnten sich die Früchte des Sieges über den Faschismus durch gemeinsames Handeln für eine Zukunft in Frieden und Demokratie sichern wollen, sie könnten den Nazismus »mit der Wurzel« beseitigen, wie in jenen Tagen in Buchenwald geschworen wurde.

Dass – wie jetzt erneut zu erfahren war – ein späterer hoher CDU-Politiker wie Hans Filbinger noch nach Kriegsende mit Genehmigung der Engländer einen deutschen Marinesoldaten in einem Kriegsgefangenenlager verurteilen durfte, der nicht mehr gegen den Osten mitmachen wollte, das gibt einen Ausblick auf die spätere Lage: Filbinger, der furchtbare Jurist, wurde Ministerpräsident, die Widerstandskämpfer wurden politisch ausgeschaltet. Und sein Nachfolger Günter Oettinger machte das NSDAP-Mitglied sogar zum Widerstandskämpfer und Hitlergegner, wobei der Mord des Marinerichters an jungen Soldaten, denen er zu Todesurteilen verhalf, nichts zur Sache tat. **U. Sander**

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Eine Ausstellung mit Lücken

Verbrechen von Polizeieinheiten im Krieg

Die Ausstellung »Transparenz und Schatten« wurde in Düsseldorf durch den Polizeipräsidenten eröffnet. Sie dürfte neben der »Wehrmachtsausstellung« tatsächlich ein Novum sein.

Dass 1200 Düsseldorfer Polizisten an den Massenmorden der deutschen Wehrmacht in Polen, der Sowjetunion, auf dem Balkan, in Griechenland, Frankreich, den Niederlanden und Norwegen im »Auswärtigen Einsatz« beteiligt waren, dürfte für viele Zeitgenossen neu sein. Dass sie ihre Karrieren nach 1945 unbehelligt fortsetzten, ist für Sachkenner keine neue Erkenntnis.

Innenminister Dr. Wolf beklagte in seiner Begrüßung, dass es immer weniger Zeitzeugen für diese unselige Vergangenheit gäbe. Es gibt noch einige, nur waren sie nicht eingeladen und sie werden in der Ausstellung auch nicht erwähnt. Die Nationalsozialisten waren mit dem Versprechen an die deutsche Großindustrie angetreten, die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen (siehe Hitler-Rede vor dem Industrieclub in Düsseldorf am 26. Januar 1932, Einlader: Jost Henkel). Dieses Versprechen wurde auch mit Hilfe der Düsseldorfer Polizei gelöst. Davon ist in der Ausstellung keine Rede. Dort heißt es: »Düsseldorfer Polizisten waren Teil des NS-Vernichtungsapparates. Verfolgt wurden Menschen, vor allem aus religiösen, gesellschaftlichen und rassischen Gründen. Opfer dieser Gewaltpolitik wurden u. a. Christen, Homosexuelle, Zigeuner und an erster Stelle Juden.«

Die ersten von Düsseldorfer Polizisten 1933 Gejagten waren Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten. Die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA NRW, Maria Wachter, gehörte zu den ersten Verhafteten im Düsseldorfer Polizeipräsidium.

Betroffene wie sie werden – wie die Gewerkschaften – in der langen Liste der Honoratioren nicht genannt. Erwähnt wurde als Förderer Gabriele Henkel. Und Kommunisten finden Erwähnung wie folgt: »Zur Verwendung im Straßenkampf vor allem gegen Kommunisten und Nationalsozialisten stand der Düsseldorfer Polizei während der Weimarer Republik ein gepanzerter Sonderwagen zur Verfügung.«

Krönung der Veranstaltung dann der nationalistische Stummfilm »Dienst am Volk«, der, aktuell vertont, die spätere faschistische Propaganda vom Versailler »Schandfriedensvertrag« und die platte Firmenwerbung der NSDAP-Förderfirma Henkel mit »Kraft-durch-Freude«-Sequenzen vorweg nahm.

Jürgen Schuh

Die Dauerausstellung »Transparenz und Schatten« ist im Polizeipräsidium am Jürgesplatz in Düsseldorf zu sehen.

Bündnisse stellten sich gegen die Braunen

Nazis provozieren am 1. Mai in Nordrhein-Westfalen

Der 1. Mai in NRW hat die Nazis angezogen. Sie versuchten, mit einem Aufmarsch und »Volksfest« am Tag der Arbeit in Dortmund (siehe Seite 1 und 2 dieser Beilage) gegen die Gewerkschaftsbewegung zu provozieren. Mit Aufmärschen in Essen, Paderborn und Kamen bereiteten sie ihren Auftritt in Dortmund vor.

Rundum zufrieden sind die Initiatoren des Runden Tisches für Menschenrechte, gegen Rassismus und Rechtsradikalismus mit der Aktion gegen den NPD-Aufmarsch in Essen-Borbeck am 21. April. Annähernd 1.000 Menschen haben sich in Borbeck »quergestellt«, darunter viele aus dem Stadtteil. Die Kundgebung war die größte politische Aktion in Borbeck seit vielen Jahren. Die Borbecker Innenstadt war von bunten, vielfältigen Aussagen gegen rechts bestimmt, während die braunen Hetzparolen der über den S-Bahnhof Borbeck angereisten Anhänger von NPD und Kameradschaften in einem gellenden Pfeifkonzert untergingen.

Erfreulich war aus Sicht der Initiatoren vor allem, dass in sehr kurzer Zeit ein für Essen ausgesprochen breites Bündnis zustande kam. »Das Bündnis geht von den Verfolgten des Naziregimes bis zur Stadtspitze, von einem Verein türkischer und kurdischer Migranten wie DIDF bis zu den Kirchen und dem Borbecker Werbering CEBO«, so Wolfgang Freye für den Runden Tisch zur Eröffnung der Kundgebung. Den insgesamt elf Rednerinnen und Rednern, die bei der gut einstündigen Kundgebung sprachen und die dieses Spektrum repräsentierten, wurde bis zuletzt aufmerksam zugehört.

Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Reiniger betonte als »erster Bürger« der Stadt Essen, dass Neonazis in Borbeck und in ganz Essen unerwünscht sind. Auch er hob hervor, dass die Kundgebung gemeinsam von sehr vielen Kräften getragen wird, die politisch sonst oft sehr unterschiedlicher Meinung sind. Er sprach sich für eine offensive Auseinandersetzung mit der NPD und anderen Neonazis aus.

Ernst Schmidt aus Borbeck erinnerte in beeindruckenden Worten an die Schicksale von jüdischen Mitbürger/innen und politischen Gegnern des Hitler-Regimes aus Borbeck während der NS-Zeit. Dieter Seifert, stellvertrender DGB-Kreisvorsitzender, hob den Kampf gegen Neonazis als Aufgabe gerade auch der Gewerkschaften hervor und hatte 500 Trillerpfeifen der ver.di-Jugend mitgebracht, die anschließend am Neuen Markt zum Einsatz kamen. Alice Czyborra von der VVN-BdA sprach sich für einen erneuten Vorstoß zum Verbot der NPD aus, weil Faschismus keine Meinung sei, sondern ein Verbrechen. Weiter führte Alice Czyborra, Mitglied des Geschäftsführenden Landesausschusses der VVN-BdA aus: »Die NPD leugnet und verharmlost Naziverbrechen. Leider nicht nur sie, wie die unsägliche Rede des Ministerpräsidenten Günther Oettinger anlässlich der Trauerfeier für Hans Filbinger offenbart. Die Geschichte lehrt uns: Mit dem unheilvollen Demokratieverständnis ist die Weimarer Republik untergegangen. Es wurde denen die Freiheit gegeben, die sich als die schlimmsten Feinde der Freiheit erwiesen. Sie haben dann das größte staatlich organisierte Verbrechertum gegen Frieden und Menschlichkeit errichtet.«

Die Initiatoren äußerten sich überwiegend zufrieden: »Bei der Kundgebung selbst gab es keinerlei Zwischenfälle. An anderen Stellen rund um den Neuen Markt hat die Polizei einzelne autonome Antifaschisten vorübergehend festgenommen. Das bedauern wir. Dennoch stand die politische Gegenwehr im Vordergrund aller Aktionen. Auf Initiative des Anti-Rassismus-Telefons übermalten Teilnehmer der Kundgebung eine Garagenwand in der Nähe des Platzes, die seit Wochen mit Hakenkreuzen beschmiert war.«

W. Freye & R. Sonntag

Die furchtbaren Wehrmachtsjuristen und ihre Opfer

Ein Film über Heinrich Glasmacher und seine Leidensgenossen

»Rottenknechte« heißt der DDR-Film, den das Landesbüro der VVN-BdA NRW für nichtkommerzielle Zwecke zur Verfügung stellt. Er stammt aus dem Jahre 1971 und ist wie geschaffen, um die Filbinger-Debatten der letzten Wochen historisch zu illustrieren.

Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident hatte an Todesurteilen gegen Deserteure mitgewirkt. Noch im März 1945 leitete der Marineanwalt die Hinrichtung des Matrosen Walter Gröger in Norwegen. Drei Wochen nach Kriegsende verurteilte Filbinger in einem englischen Kriegsgefangenenlager den Gefreiten Kurt Petzold. »Ihr Nazihunde, Ihr seid Schuld an diesem Krieg«, hatte Petzold zu seinen Vorgesetzten gesagt. Für Filbinger war der »Gesinnungsverfall« bewiesen.

Der Film »Rottenknechte« schildert, wie noch nach der deutsch-britischen Kapitulation in Dänemark und Schleswig-Holstein junge Matrosen von entmenschten Marineoffizieren ermordet werden. Es war Anfang Mai 1945. Hitler ist tot, Großadmiral Dönitz versucht als Chef der Deutschen Regierung mit den Westmächten eine Teilkapitulation auszuhandeln. Die deutschen Offiziere brauchen »Ordnung und Disziplin« auch weiterhin.

Auf dem Minensucher M612 entschließen sich die Matrosen nach Durchsickern der Nachricht von der bedingungslosen Kapitulation vor den Engländern am 4. Mai 1945 zur Meuterei gegen ihre Offiziere. Sie bringen das Schiff in ihre Gewalt und nehmen Kurs Richtung Heimat. Das Kommando übernimmt der Maschinenmaat Heinrich Glas-



Heinrich Glasmacher

macher. Doch der Minensucher M612 wird von deutschen Schnellbooten verfolgt und gestoppt. Korvettenkapitän Peters organisiert ein Standgericht, das elf der meuternden Matrosen zum Tode verurteilt. Das Urteil wird am 5. Mai vollstreckt, zu einem Zeitpunkt, als die Teilkapitulation ein Ende aller Kampfhandlungen an den entsprechenden Frontabschnitten im Norden vorsieht und die Engländer bereits Kopenhagen besetzt haben.

In der gleichen Nacht machen sich vier Angehörige des in Dänemark stationierten 2. Schnellbootbataillons auf den Weg in Richtung Heimat, die Matrosen Schilling, Gail, Wehrmann und Schwalenberg. Sie werden aufgegriffen und an ihre Einheit übergeben. Nach der Flaggeneinholung und der bedingungslosen Gesamtkapitulation werden die vier Deserteure abgeurteilt, drei von ihnen erschossen, praktisch als letzte Amtshandlung der hohen Offiziere, die sich unmittelbar darauf den Westalliierten mit ihren Erfahrungen im Krieg gegen den Osten andienen.

Der junge Katholik Heinrich Glasmacher stammte aus Neuss. Leider erinnert nicht mal das Stadtarchiv an ihn.

BAYERN

Mahnmal als erster Schritt

Zu Pfingsten erneut Aktionen in Mittenwald geplant

»Für uns in der Lagergemeinschaft, für uns ehemalige Verfolgte des Faschismus, ist dieses ‘Nie wieder!’ Aufgabe, so lange wir leben. Dabei sehen wir in den 22 Mahnmalen entlang der Todesmarsch-Strekken eine große Hilfe. Auch dieses Mahnmal wird uns bei dem Kampf um das ‘Nie wieder!’ helfen, wenn ich es auch lieber an einem zentralen Platz in Ihrer Gemeinde gesehen hätte.«

Ernst Grube sagte das, als er Ende April eingeladen war, als Vertreter der Lagergemeinschaft Dachau und KZ-Überlebender in Mittenwald zur Einweihung eines neuen Mahnmals auf dem Friedhof der Marktgemeinde Mittenwald zu sprechen. Seine Rede wurde von den anwesenden Honoratioren beifällig aufgenommen.

Nach langen Diskussionen, meist – wie in der örtlichen Presse kritisiert – unter Ausschluss der Öffentlichkeit, hatten die politisch Verantwortlichen in Mittenwald beschlossen, auch an ihrem Ort der Opfer der KZ-Todesmärsche zu gedenken. An einer auf dem Friedhof bereits vorhandenen Figur einer Trauernden wurde eine Tafel angebracht, die in würdiger Form an die Naziverbrechen erinnert. Die Errichtung eines Todesmarsch-Mahnmals an einem zentraleren Platz im Ort war im Gemeinderat jedoch nicht durchzusetzen gewesen.

Zu den Pfingsttagen wird Ernst Grube wieder in Mittenwald sein. Wie schon seit einigen Jahren: Als Landessprecher der bayerischen VVN-BdA und als Zeitzeuge beim internationalen Hearing, wenn über die »Traditionspflege« der Gebirgsjägerkameradschaft verhandelt und gegen deren nach wie vor von der Bundeswehr unterstütztes Treffen protestiert wird.



Infostand der VVN-BdA, Pfingsten 2004, im Zentrum von Mittenwald mit einer Ausstellung über die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Griechenland. Bild: Munding

Dieses Mal in einer Gemeinde, die ein – wenn auch noch recht zögerliches – Zeichen gesetzt hat, sich des Vergangenen erinnern zu wollen.

Soll daraus ein wirkliches »Erinnern für die Zukunft« werden, wäre allerdings schon noch ein weiteres Umdenken der am Bundeswehrstandort Mittenwald Verantwortlichen wünschenswert, die bisherige »Traditionspflege« der Gebirgsjägerkameradschaft und deren alljährliche »Pfingstwallfahrt« in dem Geigenbauerort betreffend.

Über die Unzahl der Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in ganz Europa während des Zweiten Weltkriegs haben wir in der *antifa* schon oft ausführlich berichtet. Über die nicht gesühnten Massenmorde an Frauen und Kindern, über Täter, die bis heute ihrer Strafe entgangen sind und sich in den Reihen ihrer »Kameradschaft« wohl fühlen, und über die Opfer und deren Nachkommen. Und auch über die neuen Kriege, in denen die Bundeswehr sich immer öfter engagiert. Die Leichenschändungen in Afghanistan, an denen junge, aus dem Standort Mittenwald kommende Gebirgsjäger beteiligt waren, sind nur ein Beispiel dafür, wohin solche Kriege und eine nach wie vor propagierte schreckliche »Tradition« führen.

Die VVN-BdA wird sich deshalb auch heuer wieder mit den Freundinnen und Freunden von der Initiative »Angreifbare Traditionspflege« am Pfingstsamstag und Pfingstsonntag gegen das Treffen der Gebirgsjägerkameradschaft in Mittenwald engagieren.

Mit einem Informationsstand am Samstag, 26. Mai 2007, ab 10.00 Uhr (der genaue Standort war bei Redaktionsschluss noch nicht geklärt), beim Zeitzeugen-Hearing, das ebenfalls um 10.00 Uhr in einem Zelt am Bahnhof beginnen soll, und überall dort, wo wir es für nötig halten.

Ernst Antoni

Bad Reichenhall:

Zum Beispiel General Konrad

Auch der Fall des Generals der Gebirgstruppe Rudolf Konrad (1891 bis 1964) zeigt, welcher Geist noch in den sechziger Jahren bei der Bundeswehr herrschte. Während der »Winterkrise« im Dezember 1941, als der »Blitzkrieg« gegen die Rote Armee bereits gescheitert war, wurde Konrad von Hitler persönlich zum Kommandierenden General eines Armeekorps ernannt. Gleich darauf, zu Weihnachten, bekundete ihm Konrad in glühenden Worten die Treue: »Dem Führer und seinem Werk gehört unsere ganze Hingabe. Wir wollen es hüten und siegreich tragen durch das neue Jahr zum Heile Deutschlands.«

Zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1942 versammelte sich Konrads Korpsstab zu einer Feierstunde. »Es war das Feldherrngenie des Führers«, wurde Hitler aus der Ferne angehimmelt, »welches die deutschen Heere von Sieg zu Sieg eilen ließ. Sein Verdienst war es, das Eindringen der bolschewistischen Horden nach Europa im richtigen Augenblick zu erkennen und den Stoß blitzschnell zu parieren. Diesem unbeugsamen Willen in äußerster Pflichterfüllung nachzueifern, was auch kommen mag, sei unser Gelöbnis am heutigen Geburtstag des Führers.«

Von Ende 1941 bis Anfang 1944 war die Krim von den Deutschen besetzt; die Halbinsel sollte zu einem Mustergebiet nationalsozialistischer Herrschaft werden. Partisanen machten der Truppe hier, auch im Befehlsbereich der Gruppe Konrad, seit Ende Oktober 1943 schwer zu schaffen. Konrad schlug gnadenlos zurück, ließ ganze Ortschaften südlich der Linie Karassubasar-Suja in Grund und Boden bombardieren. Gern arbeitete er auch mit SS- und Polizeiführern zusammen.

Schon bald nach dem Krieg war der General »wieder dabei«. Im Mai 1953 trafen sich 10000 Gebirgsjäger (»Kameraden unter’m Edelweiß«) in München zum »Tag der Treue«. In Erwartung der nahenden Wiederbewaffnung sprach man bereits zukunftsfroh von der »neuen Wehrmacht«. Konrad war der Anführer der Veteranen: »Wir hoffen, dass in der neuen Schale die gleichen Männer, die alten Soldaten stecken, die einst Kraft und Ruhm des deutschen Heeres und Stolz des deutschen Volkes waren.«

In Bad Reichenhall wohnen Soldaten heute noch in einer General-Konrad-Kaserne; eine Studie des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Potsdam zum Fall Konrad bleibt unter Verschluss.

In Bad Reichenhall gibt es übrigens auch eine »Kretabrücke«.

Jakob Knab

Redaktion: Ernst Antoni

Ein Dank an die »Gerechten«

Wie in Regensburg der Opfer des NS-Regimes gedacht wird

»Freude über den linken Kreuzweg« überschrieb die Mittelbayerische Zeitung ihren Bericht über den »inoffiziellen« Teil des Gedenkens an die von den Nazis ermordeten Regensburger. Berichtet wurde über Hans Rosengold, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde.



Luise Gutmann von der VVN-BdA und Hans Rosengold von der Jüdischen Gemeinde, vor der Gedenktafel an der Synagoge. Bild: altrofoto.de

»Er bedankte sich bei VVN, Pax Christi, Arge Flossenbürg«, schreibt die MZ, »und nannte die Art und Weise ihres jährlichen Gedenkens, die das gesamte Spektrum der Opfer mit einbezieht, ‘gefühlvoll, echt und wirklich herzergreifend’. Zum Schluss gab er ihnen allen, von der Anita F. von der Antifa über Erwin Schmid vom Bund für Geistesfreiheit bis zu Jürgen Mistol von den Grünen den Ehrentitel ‘Gerechte’.«

Von der MZ befragt, wie er alljährlich den »Spagat« hinbekomme zwischen der »offiziellen«, von der Stadt organisierten Gedenkfeier am 24. April und dem »linken Kreuzweg« am Vortag, meinte Rosengold: »Juden waren beim Bodenturnen schon immer Spitze.«

Bereits einige Tage vor den Feierlichkeiten hatte die Zeitung ausführlich berichtet, wie es zu den unterschiedlichen Formen des Gedenkens an den 23. April 1945 gekommen war, den Tag, an dem der Domprediger Maier und die Arbeiter Michael Lotter und Josef Zirkl ermordet wurden. So habe schon im Juni 1945 der von den US-Befreiern eingesetzte Oberbürgermeister Gerhard Titze in seiner ersten Amtshandlung verordnet, dass des Dompredigers auf ewig zu gedenken sei. In allen Schulen solle an den mutigen Priester erinnert werden.

Die »studentische Linke«, so die MZ, habe später angemahnt, auch der beiden ermordeten Arbeiter zu gedenken: »Mit der Einweihung der Stele am Dachauplatz im Jahre 1975 begann die Tradition der getrennten Gedenkfeiern.«

»‘Das Geheimnis der Versöhnung ist sich Erinnern’, stand auf der Kranzschleife«, heißt es in dem Zeitungsbericht zum 23. April. »Das ist auch die Triebfeder dieser jährlichen Aufzüge. Man kann darüber lächeln, wenn Luise Gutmann jedes Jahr die Namen der neun Opfer aus der so genannten Neupfarrplatz-Gruppe öffentlich aufsagt, von Josef Haas bis Johann Kellner, aber wer würde sie sonst aufsagen?«

»nonpd« am 1. Mai

VVN-BdA bei den DGB-Kundgebungen in Bayern

In Nürnberg war es ohnehin selbstverständlich: Da musste der angekündigten NPD-Provokation mit allen demokratischen Kräften Paroli geboten werden. Was auch beeindruckend geschah.

Von der Münchner Mai-Kundgebung richtete der Hauptredner, der Vorsitzende der Gewerkschaft BAU in Bayern, Robert Feiger, deshalb, bevor er mit seiner eigentlichen Rede begann, zuerst einmal ein Grußwort an die Kolleginnen und Kollegen in der Frankenmetropole, die sich dort den Nazis entgegenstellen mussten. Aber auch andernorts war die Auseinandersetzung mit NPD und sonstigen Neofaschisten ein Thema, das die diesjährigen Maikundgebungen in Bayern prägte.

Dazu trug die VVN-BdA mit ihren Infoständen und Unterschriftensammlungen zur Verbotskampagne »nonpd« an vielen Orten maßgeblich bei. Von den Hunderten (oder waren es gar weit über Tausend?) Unterschriften, die da zusammen kamen, abgesehen: Die Diskussionen darüber, was Neofaschismus bedeutet, und warum es notwendig ist, ihm mit allen Mitteln entgegenzutreten, haben sicherlich bewirkt, dass viele Mitbürgerinnen und Mitbürger begriffen haben, dass Faschismus eben keine Meinung unter vielen ist, sondern ein Verbrechen.

In Bamberg konnte diese VVN-BdA-Position auch ganz »offiziell« bei der Kundgebung eingebracht werden. Dort war Günter Pierdzig eingeladen worden, für unsere Vereinigung bei der DGB-Manifestation zu sprechen. Und er bekräftigte: »Dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus auch nach einem NPD-Verbot nicht zu Ende sein wird, ist eine Binsenweisheit. Aber diese Auseinandersetzung könnte endlich in der Gewissheit erfolgen, dass der Staat seinen Anteil dazu beiträgt.«

Impulse von Landes-MV

Themenbezogene Sitzungen hilfreich

Alle waren sich einig: Einem inhaltlichen Thema gewidmete ganztägige Landesmitgliederversammlungen bringen die Arbeit der VVN-BdA weiter. Diskutiert wurde bei der Landes-MV im Februar in Dachau über »Wege und Irrwege des Antifaschismus«. Das Referat von Professor Kurt Pätzold bot dafür reichlich Stoff. Mit einer Feierstunde zum 60. Jubiläum der VVN, mit Martin Löwenberg als Festredner und dem DGB-Chor »Quergesang/Roter Wekker«, klang die Sitzung aus. Die themenbezogenen Versammlungen werden wiederholt.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit der bayerischen VVN-BdA.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai: Martin Löwenberg, München, 82 Jahre; Eckard Blum, Traunreut, 70 Jahre; Manfred Kastner, Nürnberg, 60 Jahre.

Juni: Hans Taschner, Inning, 96 Jahre; Anton Pompl, Schwandorf, 90 Jahre; Emma Engelhardt, Schwarzenbach, 85 Jahre, Fritz Feuerer, München, 85 Jahre; Rita Grünauer, München, 65 Jahre; Wolfgang Böhm, Regensburg, 60 Jahre;
Günter Pierdzig, Bamberg, 60 Jahre; Günter Stahlhacke, Ebern-Jessendorf, 60 Jahre.

VVN-BdA Celle:

Kreisvereinigung feiert 60 Jahre VVN

Die Jahreshauptversammlung der VVN-BdA- Kreisvereinigung Celle am 24. März 2007, fand diesmal unter einem besonderen Motto statt: 60 Jahre VVN Celle.

Schließlich galt es, das 60jährige Jubiläum der Gründung der Kreisvereinigung der VVN schon einmal etwas vorzufeiern. Die eigentliche offizielle Feier findet im September statt.

Bis dahin wollte in Celle aber keiner warten. So bereitete der Vorstand neben den für die Jahreshauptversammlung üblichen Berichten und Regularien auch eine kleine Rückschau auf 60 Jahre VVN in Celle vor. Angesichts der in den 1950er Jahren herrschenden Repressalien gegenüber der Arbeit der VVN, war es für den Kameraden Klaus M. schwierig, überhaupt Unterlagen aus der damaligen Zeit zu finden. Unvorstellbar aus heutiger Sicht, was in den 1950er und auch noch in den 1960er Jahren an hohen Haftstrafen für Vergehen, wie zum Beispiel so genannter Landesverrat verhängt wurde, wenn man nur wie Gertrud Schröter »Frohe Ferien für Kinder« organisierte.

VVN-Aktivisten unter Adenauer eingesperrt

Obwohl Namen, Ereignisse, Aktivitäten und einige Daten notwendigerweise nur bruchstückhaft präsentiert werden konnten, kam es durch die zahlreichen mündlichen Ergänzungen aus dem Teilnehmerkreis zu einer sehr lebendigen Erinnerungsarbeit. Für Klaus wird es jetzt heißen, seine Dokumentation zu vervollständigen. Die angeregten Gespräche, die bei diesem Rückblick entstanden, mussten zwangsläufig abgebrochen werden, denn es stand noch ein weiterer Höhepunkt auf der Tagesordnung: Für 30 Jahre und teilweise noch längere Mitgliedschaft in der VVN wurden Ehrungen durchgeführt und Urkunden überreicht. Weitere Ehrungen für 25jährige Mitgliedschaft stehen für das nächste Jahr schon an. **hs**

Besuch bei VW-Arbeitern

Delegation aus Dieppe/Frankreich zu Gast in Braunschweig

Französische Freundinnen und Freunde der VVN-BdA hatten in den vergangenen Jahren immer wieder das Problem, Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den traditionellen Besuch einer Delegation zum 4. Juli, dem Rieseberg-Gedenktag, zu finden.

Dies lag daran, dass einerseits die ehemaligen Verfolgten und Widerstandskämpferinnen und -kämpfer leider nicht mehr in der Lage sind zu reisen und andererseits die jüngere Generation in der Regel berufstätig ist und so kurz vor dem traditionellen und einheitlichen Ferienmonat August nur schwer Urlaub bekommt.

Um den weiteren Austausch zu gewährleisten, wurde daher den Delegationstermin auf Vorschlag der französischen Freunde auf die Tage um die Gedenkfeier anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen (15. April) verlegt.

Die diesjährige Delegation wurde geleitet von Daniel Evrard, Geschäftsführer der FNDRIP in Dieppe, des Weiteren nahmen Anne Caltot, Kassiererin der Organisation, und ihr Freund Quentin Delbat teil.

Neben der Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen zur Befreiung des KZ Bergen-Belsen, bei der unser französischer Kamerad Daniel Evrard die nachfolgend dokumentierte Rede hielt, stand auch eine Besichtigung des VW-Werks in Braunschweig auf dem Programm. Die Delegation hatte hier die Gelegenheit, mit dem Geschäftsführer des Betriebsrats und DGB-Kreisvorsitzenden, Kollegen Heinrich Betz, über die Situation der Gewerkschaften in Deutschland und besonders bei VW in Braunschweig zu diskutieren.

Im Fokus der Diskussion stand auch das Bürgerbegehren »Schwimmen in Braunschweig«, das der DGB Kreis Braunschweig aktiv unterstützt. Mit ihm wollen die Initiatoren verhindern, dass zugunsten eines so genannten neu zu bauenden Spaßbads in Braunschweig mehrere Stadtteil-Bäder geschlossen werden.

Auf besonderen Wunsch der französischen Freunde fand außerdem ein Besuch bei Kamerad Helmut Sproer statt, der am 15. April seinen 78. Geburtstag feierte. Er und seine Frau Waltraud haben die Delegationen jahrzehntelang aktiv unterstützt und waren selbst bei den Freundinnen und Freunden zu Gast. Für die Beiden ist der Austausch mit den französischen Kameradinnen und Kameraden eine Herzensangelegenheit.

Natürlich wurde auch die besondere Gelegenheit genutzt, in den zahlreichen Gesprächen über die politische Situation in Frankreich und die anstehenden Präsidentschaftswahlen zu diskutieren. Und zum Abschluss wurde der Gegenbesuch zum 8. Mai in Dieppe vorbereitet. Zusätzlich zur VVN-Delegation wird erstmals auch eine Delegation des Motorad-Klubs »Kuhle Wampe« aus Braunschweig an den Gedenkfeiern zur Befreiung von Faschismus und Krieg in der Normandie teilnehmen. **Sth**

Neues Buch: Erinnerungen eines Kameraden aus Dieppe

Die Lebenserinnerungen unseres französischen Kameraden von der Verfolgtenorganisation FNDRIP, Charles Pieters aus Dieppe/Normandie, sind jetzt mit dem Titel »Zeugnis gegen das Vergessen - Widerstand von der Résistance über Buchenwald in das Frankreich von heute«, auf Deutsch im Eigenverlag erschienen. Das Buch zum Preis von 12 Euro plus Versand kann im Landesbüro der VVN-BdA Niedersachsen bestellt werden.

Rede des französischen Kameraden Daniel Evrard in Bergen-Belsen

»An diesem Tag des Gedenkens, dem 62. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, danken wir, die Repräsentanten der französischen FNDRIP, einem Verband für NS-Opfer und Widerstandskämpfer, sowie der ANACR, einer weiteren Organisation von Widerstandskämpfern, unseren Freundinnen und Freunden von der VVN-BdA, die uns zu diesem Anlass eingeladen haben.

Heute, hier, gibt mir das Datum Anlass, der Tausenden von Männern, Frauen, den sowjetischen Soldaten sowie der Kinder zu gedenken, die in diesem Lager gestorben sind, die entsetzlich gelitten haben, an Hunger, Kälte und an Krankheiten, und die bis zu ihrem letzten Atemzug unter den Nazi-Peinigern leiden mussten.



Kamerad Daniel Evrard, Delegationsleiter der französischen FNDRIP und ANACR, legt am Ehrenmal von Bergen-Belsen einen Kranz nieder. Bild: Stefan Hölzer

Vor ihren Gräbern, vor Ihnen, sage ich es ausdrücklich und mit voller Kraft, dass wir uns aktiv dafür einsetzen werden, dass Ungerechtigkeit, Gewalt, Antisemitismus und Rassismus für immer von dieser Welt verschwinden werden. Unser Kampf, unsere Aufgabe ist dies gerade auch deshalb, weil bei uns in Frankreich ge-

Den Opfern ihre Namen wiedergeben

Gedenken in Bergen-Belsen

Über 700 Menschen nahmen an den Gedenkfeierlichkeiten zur 62. Wiederkehr des Tages der Befreiung des ehemaligen KZ Bergen-Belsen am Sonntag, dem 15. April 2007 teil. Leitmotiv in diesem Jahr war die Überwindung der Namenlosigkeit, mit der die faschistischen Verbrecher ihren Opfern die Würde geraubt hatten.

Kultusminister Bernd Busemann benannte dies als Hauptaufgabe der neu errichteten Dokumentationsstätte. So weit als möglich solle mit der Dokumentation von Einzelschicksalen die Absicht der Nationalsozialisten durchkreuzt werden, ihre Opfer in den Konzentrationslagern auf Nummern zu reduzieren. Auch in der Rede Jean-Marie Kardinal Lustigers, Paris, die wegen dessen Erkrankung nur verlesen werden konnte, stand dies Thema im Mittelpunkt.

Die Sorge, mit dem Tod der letzten Überlebenden könne es zum Vergessen kommen, bestimmte die Rede von Michael Fürst, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen. Dem stünden auf der anderen Seite die fortgesetzten Versuche gegenüber, die Rolle der Täter zu relativieren. Als jüngstes empörendes Beispiel nannte er die Grabrede des Ministerpräsidenten Günter Oettinger für seinen Vorgänger Hans Filbinger, in der Oettinger sich dazu verstiegen hatte, Filbinger zum Nazi-Gegner zu stilisieren. Dies sei eine Beleidigung aller Opfer. Fürst rief Oettinger zu: »Bleiben sie derartigen Gedenkveranstaltungen fern!«.

Manfred Böhmer, Vorsitzender des Niedersächsischen Verbandes Deutscher Sinti, leitete seine Rede damit ein, dass in diesem Jahr zum ersten Mal ein Vertreter seiner Volksgruppe Gelegenheit habe, an dieser Stelle zu sprechen. Er verwies auch auf die Praxis der Polizeibehörden, Akten über Sinti und Roma zu führen, in denen von einem »Migrationshintergrund« die Rede ist, trotz der Jahrhunderte langen Geschichte dieser Völker in Deutschland. Er erzählte von seiner Familie, von der nur wenige die Nazizeit überlebt hatten. Seine Mutter könne die unmenschliche Zeit in Bergen-Belsen nie vergessen: »Jeden Tag starb sie tausend Tode!« Er sagte: »Hitler war nicht Meister des Todes, sondern Weltmeister!«

Musikalisch umrahmt wurde die Feier durch das Ensemble für synagogale Musik unter Leitung von Prof. Andor Izsák. Im Anschluss führten AG Bergen-Belsen, Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Internationales Jugendworkcamp und VVN-BdA gemeinsam auf dem Friedhof der Sowjetischen Kriegsgefangenen in Hörsten eine Gedenkfeier für die 20 000 Soldaten durch, die dort ihre letzte Ruhestätte fanden, nachdem sie den unmenschlichen und verbrecherischen Bedingungen ihrer Gefangenschaft zum Opfer gefallen waren. Pfarrer Albrecht Przyrembel von der AG Bergen-Belsen zitierte Werner Bergengrün: »Die gehorsamen Deutschen erhielten niemals den Befehl zur Befehlsverweigerung.« Wäre das »Unternehmen Barbarossa« nicht begonnen worden, brauchten wir jetzt nicht auf diesem Platz zu stehen.

Daniel Evrard von der französischen Widerstandsorganisation FNDIRP verwies auf die Wahlen für die französische Präsidentschaft, wo Bewerber antisemitische und rassistische Parolen verbreiteten. Er forderte dazu auf, für die Abschaffung der Ungleichheit einzutreten.

Auch im Mittelpunkt dieser Feier stand die Aufgabe, die Anonymität der Opfer zu überwinden. Vorgestellt wurden die ersten Ergebnisse eines Projekts, in dem Schülerinnen und Schüler Tontafeln mit den Namen von toten Gefangenen anfertigen.

Gedenkveranstaltungen drohen, zu leeren Ritualen zu verkommen, wenn sie nicht genutzt werden, um den aktuellen Erscheinungsformen von Nationalismus, Rassismus und Geschichtsrevisionismus entgegen zu treten – in diesem Bewußtsein präsentierte sich die Landesvereinigung der VVN-BdA an den Eingängen zu beiden Gedenkstätten mit Informationsständen. Es wurde die Kampagne zum Verbot der NPD vorgestellt und Unterschriften wurden gesammelt. Dies fand regen Zuspruch. **rwk**



Zum 62. Jahrestag der Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers waren über 700 Menschen nach Bergen-Belsen gekommen. Bild: wk

rade einige der Bewerber für die französische Präsidentschaft wieder antisemitische und rassistische Parolen propagieren. Es bleibt dies also unsere Aufgabe, die uns obliegt und die noch nicht vollendet ist. Und sie verlangt von uns, dass wir uns zusammentun und gemeinsam gegen Antisemitismus und Rassismus kämpfen.

Es ist aber nicht allein die Sache derjenigen, die die Zeit selbst erlebt und in ihr gelitten haben, sondern im Gegenteil gerade auch der zukünftigen Generationen, die den Kampf fortsetzen und entsprechend Verantwortung übernehmen müssen.

Die Geschichte, da sind wir uns wohl alle einig, darf sich nicht wiederholen. Wir brauchen die Intelligenz, das Wissen und Engagement aller Männer und Frauen für die Forschung für den Frieden und für die Verbesserung des Loses der Menschen.

Und es muss die Anstrengung jedes einzelnen und jeder einzelnen sein, nach der Abschaffung aller Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die leider in der Welt noch sehr präsent sind, zu streben. Es ist an uns jungen Menschen, die Fackel von den Zeitzeugen zu nehmen und die Erinnerung an das Geschehen zu bewahren.«

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de. Bitte diese Adresse nur für Artikel für diese Seite nutzen!

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung würde eine Spenden für die Arbeit des LV auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr begrüßen.

»Halbe Sachen« wegen Halbe

Brandenburger Polizei bestraft Zivilcourage gegen rechts

Ende März diesen Jahres flatterte etwa 30 Bürgerinnen und Bürgern aus Berlin und Brandenburg unangenehme Post ins Haus. Jeweils 124 Euro möchte die Brandenburger Polizei laut den versandten Bußgeldbescheiden von ihnen haben. Der Tatvorwurf lautet: Zivilcourage.



Im November 2006 bejubelt, im März 2007 von der Polizei abgeräumt: die Blockierer gegen die Nazis in Halbe.

Für den 3. März diesen Jahres hatte der neonazistische »Freundeskreis Halbe«, wie schon in den Jahren zuvor, einen Aufmarsch zum Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe angemeldet. Im November 2005 war der Aufmarsch erstmalig durch eine Blockade der Naziroute von über 1000 Menschen, unter ihnen zahlreiche Politiker/innen, verhindert worden. Auch im November 2006 durchkreuzten mehrere tausend Demonstrant/innen die Aufmarschpläne des Neonazis Christian Worch. Dem Bündnis – unterstützt von der Landesregierung – gehörten an: das »Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit«, Parteien, Gewerkschaften und Verbände.

Am 3. März 2007 blieb die Unterstützung von Politik und »Zivilgesellschaft« weitgehend aus. Obwohl das Brandenburger »Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit« und das »Berlin Brandenburger Bündnis NS Verherrlichung stoppen« zusammen mit dem Berliner VVN-BdA Kundgebungen gegen den Naziaufmarsch angemeldet hatten, fanden nur etwa 200 Menschen den Weg nach Halbe.

Nach Beendigung der Kundgebung des Brandenburger Bündnisses versuchten 150 Menschen aus allen demokratischen politischen Spektren gemeinsam die Route des Naziaufmarschs zu blockieren. Gleichzeitig seilten sich mehre Menschen an einem zwischen zwei Bäumen über die Straße gespanntem Drahtseil ab und enthüllten ein Transparent mit der Aufschrift »NS-Verherrlichung stoppen«.

Kurz danach räumten Polizeikräfte teils mit brutaler Gewalt die Blockade und kesselten etwa 40 Menschen ein, um 300 Nazis den Weg zu räumen. Dem Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS im Kreistag Oberhavel, Peter Linger, wurde von einem Polizisten das Handgelenkbruch gebrochen. Andere trugen Prellungen und blaue Flecken davon.

Dazu erklärte Steffen Friedrich, Kreisvorsitzender der Linkspartei.PDS Oberhavel: »Das Verhalten der Gegendemonstranten gab zu keinem Zeitpunkt Anlass für ein solches Vorgehen. Aber vielleicht liegt die Beantwortung dieser Frage beim Innenminister des Landes Brandenburg, Herrn Schönbohm.« Er gab klar und deutlich vor: »Zwar werde auch künftig der Kampf gegen Rechts die vorrangige Aufgabe bleiben, doch die Polizei werde gleichzeitig mehr Augenmerk auf das linke Spektrum richten«, kündigte Schönbohm an und ließ es dann in der Tat in Halbe nicht nur bei dieser Ankündigung.

Dass einerseits von PolitikerInnen aller Parteien immer wieder Zivilcourage gegen rechts eingefordert wird und andererseits tatsächlich gezeigte Zivilcourage mit Bußgeldverfahren und teils schweren Verletzungen »bezahlt« werden muss, ist ein nicht hinzunehmender Gegensatz. Blockaden von Naziaufmärschen sind ein legitimes Mittel, sich gegen Naziaufmärsche zur Wehr zu zusetzen. Viele von den Bußgeldbescheiden Betroffenen wollen jedenfalls das skandalöse Verhalten der Brandenburger Polizeibehörden nicht hinnehmen und wollen Widerspruch gegen die Bescheide einlegen. Schließlich waren sie im November 2006 von der Presse und zahlreichen Brandenburger Parteienvertretern für das bejubelt worden, weshalb sie jetzt bestraft werden sollen – der Blockade des nazistischen Heldengedenkens in Halbe.

Jürgen Hofmann

Die Berliner VVN-BdA war im November wie im März in Halbe dabei.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

35 Meter Erinnerung

Das Archiv der VVN Westberlin wird aufgearbeitet

Briefe, Broschüren, Zeitungsausschnitte, daneben Tonbänder, Fotos, Videokassetten – und jede Menge Bücher. Das Archiv der VVN Westberlin umfasst rund 35 laufende Meter.

Es dokumentiert die innere Entwicklung der VVN Westberlin, ihre Aktivitäten von 1953 bis 1990 sowie die Kontakte zu anderen Organisationen. Zudem enthält das Archiv umfangreiche Materialien von und über VVN-Mitglieder (NS-Verfolgung, Leben in der Nachkriegszeit, Kampf um Entschädigungszahlungen). Bislang war der Bestand für Außenstehende nur sehr eingeschränkt zu benutzen. Durch mehrfache Umlagerungen nach dem Auszug der VVN aus der Boddinstraße im Jahre 2004 war eine kaum durchschaubare Ordnung entstanden. Auch die Aufbewahrung der Materialien war aus konservatorischer Sicht problematisch.

Anfang 2005 konnte die VVN-VdA eine Vereinbarung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW) abschließen. Seitdem lagert der Bestand als Depositum in der GDW. Als kurz darauf mit dem Projekt zur Aufarbeitung des Archivs begonnen wurde, da ging es zunächst darum, ein auch für Außenstehende nachvollziehbares Ordnungssystem zu entwickeln.

Bestand soll endlich nutzbar gemacht werden

Hierbei stand das Landesarchiv Berlin beratend zur Seite. Seit August 2005 ist die Organisation damit beschäftigt, die vorhandenen Dokumente zu sichten und entsprechend dieser Systematik zu ordnen. Heftklammern, Büroklammern und Kunststoffhüllen wurden entfernt. Sämtliche Materialien werden nun in speziellen Archivkartons und Mappen gelagert, Fotos in Pergaminhüllen aufbewahrt. Parallel dazu wird ein Findbuch mit stichwortartigen Kurzbeschreibungen des Bestands sowie einem Index erstellt.

Diese Arbeiten waren erheblich mühseliger und langwieriger als



Das Westberliner VVN-Archiv hält wertvolle Archivalien vor.

geplant. Daher ist man mit Prognosen vorsichtig geworden, es besteht aber die Hoffnung, das Projekt bis Mitte des Jahres abzuschließen. Spätestens Ende des Jahres soll das Archiv von Wissenschaftlern, Studenten und anderen Interessierten genutzt werden können. Über die genauen Zugangsmodalitäten muss noch der Vorstand der VVN Westberlin entscheiden, da hier auch organisatorische, konservatorische und datenschutzrechtliche Aspekte berücksichtigt werden müssen. Besonders zu wünschen wäre es, wenn die zahlreich vorhandenen biografischen Informationen und Originalmaterialien insbesondere für VVN-eigene Aktivitäten (Ausstellungen, Publikationen etc.) genutzt würden.

Auch wenn das Projekt demnächst zu Ende geht, bleibt im Archiv noch viel zu tun: Aus Zeitgründen konnte bisher weder das

Blick in Kurzbiographien und Entschädigungsverfahren

Fotoarchiv sortiert werden, noch war es möglich, die vielen Zeitungs- und Zeitungsausschnittsammlungen zu sichten. Wichtig wäre die Aufarbeitung der zahlreichen Zeitzeugeninterviews. Ein derartiges Vorhaben wäre freilich mit erheblichen methodischen Schwierigkeiten verbunden, denn offenbar liegt nicht jeder Tonbandmitschnitt in verschriftlichter Form vor. Sinnvoll könnte auch eine genaue Sichtung der Mitgliederunterlagen sein, da insbesondere die Aufnahmeanträge oft sehr interessante biografische Informationen enthalten. Aufschlussreich wäre schließlich eine Auswertung der Anerkennungs- und Entschädigungsverfahren, die von den Rechtsanwälten Kaul und Piskorz geführt wurden. Das Archiv bietet also nach wie vor ein reichhaltiges Tätigkeitsfeld für ehrenamtliche Mitarbeiter, aber auch für professionelle Forscher.

Schließlich werden die VVN-Mitglieder um Mithilfe gebeten, da das Archiv einige Lücken aufweist. So fehlen die Akten von mehreren Kreis- bzw. Stadtbezirksorganisationen. Falls jemand weiß, wo sich diese oder andere relevante Materialien befinden, so wird um Nachricht gebeten. Darüber ist die VVN-BdA generell daran interessiert, zeithistorische Dokumente – auch komplette Nachlässe – in das VVN-Archiv zu übernehmen, damit diese fachgerecht aufbewahrt und somit auch von nachfolgenden Generationen genutzt werden können. **Hans Holm, Rainer Obert und Gebhard Schultz**

Kontakt über Berliner VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon (030) 29 78 41 78.

Viel Arbeit an den Grabanlagen der NS-Opfer

Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin

Der Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde ist eine der bedeutendsten Ruhestätten für Frauen und Männer, die unter hohem persönlichen Einsatz dem menschenverachtenden NS-Regime Widerstand leisteten.

Bereits kurz nach Kriegsende richteten Überlebende für ihre gemordeten Kameradinnen und Kameraden Sammelgräber auf dem Friedhof ein. Die Urnen aus diesen Anlagen wurden im Januar 1951 in die Gedenkstätte der Sozialisten überführt. Unter der großen Gedenktafel für die Opfer der politischen Kämpfe der Weimarer Republik, des Spanischen Bürgerkrieges und der Opfer des Faschismus befindet sich das Urnensammelgrab für 53 Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer. Darunter befinden sich so bekannte Namen wie Alfred Kowalke, Michael Niederkirchner, Erwin Nöldner, Frida Rosenthal und Hans Zoschke.

Die Mehrzahl waren NS-Verfolgte

In die Gedenkstätte der Sozialisten wurden außerdem viele Einzelgräber von Opfern des Faschismus aus den Reihen der Arbeiterbewegung übernommen. Neben den symbolisch für Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid und Franz Künstler eingerichteten Grabplatten wäre das Grab von Johannes Stelling und die Gräber von John Schehr, Rudolf Schwarz, Erich Steinfurth und Eugen Schönhaar zu nennen. Letztere wurden 1954 von anderen Berliner Friedhöfen nach Friedrichsfelde überführt. Die Mehrzahl der nach 1951 in der Gedenkstätte der Sozialisten Bestatteten waren ebenfalls Verfolgte des Naziregimes. Sie hatten in der Emigration gegen den Faschismus gekämpft oder waren durch Zuchthäuser und Konzentrationslager gegangen. Dies gilt auch für die Grabanlage im Pergolenweg. Dort sind gegenwärtig über 500 Persönlichkeiten bestattet. Darunter viele anerkannte Verfolgte des Naziregimes. Stellvertre-

(Fortsetzung auf Seite 14)

HAMBURG

Ein Wunder, ein Leben, eine Geschichte

Glückwunsch und Dank an Wilhelm Roggenthien

Vom Transport der Hamburger Pfleglinge, die am 16. August 1943 im Zuge des Euthanasieprogramms der Nazis zur Vernichtung in die Wiener Tötungsanstalt »Am Spiegelgrund« deportiert wurden, überlebten nur wenige. Wally Hartung war eine von ihnen, Wilhelm Roggenthien ein weiterer.

Am 26. Dezember 2006 wurde Wilhelm Roggenthien 85 Jahre alt. Seine Geschichte ist so ungewöhnlich, dass sie hier erzählt werden soll. Wilhelm kam als jüngstes von sieben Geschwistern in einer Hamburger Arbeiterfamilie zur Welt. »Ein Kind, das wohl eines zu viel war«, wie er es ausdrückt. Im Alter von zwei Jahren geben die Eltern den Jungen weg, wahrscheinlich wegen der Armut in der Familie. Obwohl es keinerlei Anzeichen einer geistigen Krankheit gab, landet das Kind in einer psychiatrischen Anstalt. Für den Jungen folgt eine Kindheit ohne Nestwärme und mit vielen Verboten, ein Anstaltsleben eben, wie es damals üblich war.

Die »männliche« und die »weibliche« Seite der Alsterdorfer Anstalten war durch eine Mauer baulich voneinander getrennt. Die Mädchen und Jungen sahen sich nur bei den gemeinsamen Gottesdiensten in der Anstaltskirche. Dort lernte der Wilhelm die Wally kennen. Es war das erste Kriegsjahr. Als 15-Jährige war die Wally schwanger geworden, was zu der Zeit ein Makel war, natürlich nur für die betroffenen Mädchen. Zusammen mit ihrer kleinen Tochter, Gudrun, wurde die junge Mutter, gleich selbst noch ein Kind, nach ihrer Entbindung in Alsterdorf eingewiesen.

Wally und Wilhelm: Wiedersehen in Wien

Am 16. August 1943 nahm die Katastrophe ihren Lauf: Wally wurde zusammen mit ihrer Tochter und insgesamt 227 Frauen und Mädchen aus Hamburg in die Tötungsanstalt »Am Steinhof« nach Wien deportiert. Wilhelm, der seine Freundin nicht im Stich lassen wollte, flüchte daraufhin aus der Anstalt. Er tarnte sich als »Ausgebombter« und bekam über das zuständige Amt etwas Geld und einen Lebensmittelschein. Anschließend schlug sich der 21-Jährige bis nach Wien durch.


Wilhelm Roggenthien als Kind

Dort fand er seine Freundin schließlich im Haus 21 der psychiatrischen Kinder(heil)anstalt. Wilhelm ließ sich »Am Steinhof« als Hilfsgärtner anstellen und durfte, dank seiner Hartnäckigkeit, mit Wally einige Male die Anstalt verlassen und in die Stadt fahren. »Als Bruder bin ich da in Wien aufgetreten«, erinnert sich Wilhelm Roggenthien an seinen waghalsigen Geniestreich. »Die Ärzte und das Personal haben gemerkt, dass Wally einen Anhang hatte, das war das Ausschlaggebende. Mit denen, die keinen Anhang hatten, ging das schnell in die Euthanasie.«

Der nächste Schlag folgte bereits wenige Monate später. Im November 1943 wurde Gudrun im Alter von 13 Jahren ermordet. »Ich glaube, dass sie wirklich vergiftet worden ist, weil sie sonst kerngesund war«, erinnert sich Wilhelm Roggenthien an die Umstände des Todes von Wallys Tochter. Er spürte, dass nun auch die Mutter in höchster Gefahr war. Wilhelm wurde immer wieder bei den Ärzten vorstellig, bis diese die Insassin endlich in die Obhut ihres

(Fortsetzung von Seite 15)

BERLIN

Grabanlagen der NS-Opfer

(Fortsetzung von Seite 13)

tend für viele andere sei hier auf Greta Kuckhoff und Peter Edel verwiesen. Aber auch der Landtagsabgeordnete Karl Schulz, der 1933 an den Folgen der Misshandlungen im Polizeigefängnis starb und unter Polizeiaufsicht in Friedrichsfelde beigesetzt wurde, hat hier sein Grab.

Im September 1975 beschloss der Berliner Magistrat Maßnahmen »Zur Errichtung und Unterhaltung von Gräberanlagen für ermordete Revolutionäre, Opfer des Faschismus, Verfolgte des Naziregimes und besondere Persönlichkeiten«. Eine dieser Anlagen wurde ab 1978 auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde eingerichtet. Geplant war eine Rasenabteilung mit einheitlichen Grabzeichen für 850 Urnengrabstellen. Den dort Bestatteten wurde Dauerruherecht gewährt. Für die Neufassung des Berliner Gräbergesetzes von 1995 setzte die Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (BVVdN) durch, dass der geschützte Status der Gräberfelder in Friedrichsfelde, Treptow und Pankow mit der bisherigen Zweckbestimmung erhalten bleibt.

Inzwischen ist die Anlage auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde auf ca. 900 Urnengrabstellen angewachsen, darunter auch einige Symbolgräber. In ihnen ruhen annähernd 1400 Persönlichkeiten, unter ihnen der 1945 in Brandenburg-Görden hingerichtete Rudi Lehnig, die Mitbegründerin der Freien Sozialistischen Jugend Marta Globig, der Wissenschaftler Robert Alt, der Schauspieler Hans Klering, der Theaterwissenschaftler Curt Trepte, der langjährige Vorsitzende der KPD in der Bundesrepublik Max Reimann (symbolisch, sein Grab befindet sich in Düsseldorf) sowie die Mitglieder des SED-Politbüros Horst Sindermann, Kurt Hager und Werner Eberlein. Auch gegenwärtig und künftig werden in dieser Anlage noch Personen beigesetzt, die als Verfolgte des Naziregimes anerkannt sind. Die Gräberanlage ist gekennzeichnet von einem Mauerblock aus Klinkern, auf dem der rote Winkel der politischen Häftlinge angebracht ist.

Gräber für die in Brandenburg Hingerichteten

Der Pflegebedarf für die diese Anlage ist sehr groß. Manche Gräber sind zugewachsen. Etliche Grabsteine müssten neu aufgerichtet werden. Die Inschriften der liegenden Grabsteine sind durch Witterungseinflüsse inzwischen teilweise unleserlich geworden. Da in vielen Fällen keine Angehörigen mehr leben, ist die Pflege dieser Gräber nicht mehr gewährleistet. Die Leistungen und das Andenken an die Frauen und Männer, die sich dem Naziregime widersetzten gebietet jedoch, für einen würdigen Zustand der Anlage zu sorgen. Arbeitseinsätze zur Pflege der Gräber und zweckgebundene Spenden für die Sanierung gefährdeter Grabsteine könnten hier weiterhelfen. Der Förderkreis Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e.V. unterstützt die Initiativen des Berliner Landesverbandes der VVN-BdA, den Pflegezustand der Anlage in Kooperation mit der Friedhofsverwaltung langfristig zu sichern.

Förderkreis freut sich über Mithilfe bei Grabpflege

Arthur Nähring

Ein Wunder, ein Leben, ...

(Fortsetzung von Seite 14)

vermeintlichen Vormundes übergaben.

Unter den schwierigen Bedingungen des vierten Kriegsjahres reisten beide zurück in die Hansestadt, wo Wally bei ihrer Schwester unterkam. Nach seiner Rückkehr verurteilte ein Gericht Wilhelm Roggenthien zu einer Gefängnisstrafe wegen »dem falschen Bombenschaden«. Beide verloren sich aus den Augen. Erst Jahrzehnte nach Kriegsende trafen sie sich



In der Dokumentation »Spiegelgrund« interviewten die Autoren Angelika Schuster und Tristan Sindelgruber Opfer der Anstalt.

wieder. »Da war ich ja schon verheiratet. Ich konnte ja nicht auf

Nur wenige überlebten die Anstalt Spiegelgrund

Wally warten, bis sie kommt, wo ich eingesperrt war und dann in Alsterdorf - ich musste doch mein Leben selber aufbauen.«

Von den 228 Mädchen und Frauen haben nur wenige die Tötungsanstalt »Am Steinhof« überlebt. Wally Hartung verdankte ihr Entkommen den außergewöhnlichen, hier kurz umrissenen Umständen. Sie starb schließlich hochbetagt und allein stehend in einem Altersheim in Hamburg. Wilhelm Roggenthien seinerseits ist ein großartiges Beispiel dafür, wie den Nazibarbaren Anstand und Leben abgetrotzt werden konnte. Bis heute setzt er sich dafür ein, die Erinnerung an die »Euthanasie-Morde« wach zu halten.

Herzlichen Glückwunsch und Dank dafür, wiewohl nachträglich zum Geburtstag!

Antje Kosemund

Redaktion: W. Siede
E-Mail: wolframsiede@gmx.de

Es ist ja »nur« der Frauentag

Alesja Belanovich aus Minsk, jetzt Hamburg, berichtet

Ich stamme aus Belarus (Weißrussland) und bin seit einem halben Jahr als Freiwillige der KZ-Gedenkstätte Neuengamme tätig. Bei einem Treffen des Freundeskreises Neuengamme, wurde ich von Christiane, einem Mitglied der VVN, angesprochen: »Willst du nicht am 8. März die Rede am Friedhof vor den Gräbern der sowjetischen Zwangsarbeiterinnen halten?« Ich wollte, und das war für mich der Anlass, über die Bedeutung des Tages und des Ortes nachzudenken.

Ich war schon früher in Deutschland und habe hier interessante Begegnungen mit engagierten jungen Menschen, Studierenden, Zivildienstleistenden und anderen Leuten gehabt. Viel hat mich beeindruckt. Ich habe gemütliche Häuser für Behinderte gesehen, in denen jede/r eigenes Zimmer und eigene Betreuerperson hat. Es gibt hier Frauenhäuser für die Frauen, die sich zuhause nicht sicher fühlen oder Hilfe brauchen. An den Universitäten gibt des den ASTA – eine unabhängige studentische Selbstverwaltung mit Mitwirkungsaufgaben, von Studierenden für Studierende eingesetzt. Die Medien sind frei. Es gibt zivilgesellschaftliche und alternative Organisationen, in denen sich Menschen mit verschiedenen Meinungen, Nationalitäten und Religionen treffen und austauschen. Das ganze hat mich sehr fasziniert und fasziniert mich bis jetzt. So etwas wünsche ich mir in meinem Land.

Zu Beginn habe ich daher nicht bemerkt, dass Deutschland auch andere Facetten hat. Naziaufmärsche, Castortransporte, Studiengebühren, und auf der anderen Seite Antifa-Demos, Widerstand in Wendland, soziale und politische Organisationen wie der Fanladen St. Pauli. Deutschland ist für mich kein ideales Land mehr. Sondern ein Land mit verschiedenen Seiten. Aber wo man sich mit den Problemen mit mehr oder weniger Erfolg auseinandersetzt. Das fasziniert mich auch. Die VVN-BdA kenne ich seit meiner ersten Antifa-Demo in Hamburg im November 2006, wo ich viele Fahnen der Vereinigung gesehen und Reden ihrer Mitglieder gehört habe.

Vom Schrecken des Krieges

In meiner Familie redete man nicht viel über den Krieg. Aber ich wusste schon als ich sieben war, dass einer meiner Opas Soldat der Rote Armee war und Berlin befreit hat. Und am 9. Mai, am Tag des Sieges, bin ich immer mit Opa in den Gedenkparaden mitmarschiert. Ich fand seine verschiedenen Medaillen, die er auf dem Anzug hatte, spannend und schön. An dem Tag erzählte Opa viel über den Krieg und weinte auch viel. Ich konnte es nicht verstehen, weil es für mich ein Feiertag mit Feuerwerk, Süßigkeiten und Tanzen war. Ich hatte damals wenig Lust, die Geschichten von den Schrecken des Krieges anzuhören.



»Ost«-Arbeiterinnen in Hamburg Bild: LBSt HH

Als sich meine Einstellung dazu verändert hatte, war es zu spät. Ich konnte leider nicht mehr mit Opa reden und mir aus seinem Leben erzählen lassen. Mein anderer Opa ist in der Nähe von Königsberg an der Front gefallen. Wo sich sein Grab befindet, wusste Oma nicht. Meine Oma, die Mutter meiner Mutter, hatte während der Okkupation drei Kinder zu versorgen. Sie schaffte es, nicht nur zu Überleben, sondern auch ihre Familie durchzubringen, ihre Kinder zu erziehen und ihnen Werte beizubringen, die während des Krieges keine Werte waren. In ihrem Geist hat auch meine Mutter mich erzogen.

Viel später, als Studentin der Fachrichtung Neueste Geschichte habe ich angefangen, Zeitzeugen zu interviewen. Besonders die, die lange schweigen mussten: Ostarbeiterinnen. Etwa 400 000 Menschen wurde aus Belarus ins „Dritten Reich“ zur Zwangsarbeit verschleppt. Mehr als die Hälfte waren Frauen. Die meisten haben Okkupation und Zwangsarbeit als junge Mädchen erlebt. Wer waren Sie? Wovon haben sie geträumt? Hatten sie schon Kinder, Familie? Was geschah mit den Babys, wenn sie dort geboren wurden? Waren nicht viele selbst noch Kinder?

Als Frau und »Ostarbeiterin« im Dritten Reich

Eine Frau, die mich dazu gebracht hat, und mich immer bestätigt hat, ist Muza. Muza Iwanowa, eine wunderschöne Frau, lebt jetzt in einer kleinen, sehr alten und sehr schönen Stadt, die für Belarus einmal sehr große Bedeutung hatte: Nowogrudok. Sie war Zwangsarbeiterin auf einem Bauernhof in der Nähe von Königsberg. Direkt nach der Deportation wurde sie mit einer Situation konfrontiert, die sie als »Sklavenmarkt« beschreibt: »Bauern suchten sich Zwangsarbeiterinnen aus. Deutsche in Zivilkleidung stürmten rein, ich konnte nichts verstehen. Plötzlich zieht mich irgendein deutscher Mann am Arm, ich schrie wie eine Irre. Ich habe Angst bekommen und habe ihn in die Hand gebissen. Und er

(Fortsetzung auf Seite 16)

Termine der Hamburger VVN-BdA

Sonntag, 13. Mai
Antifa-Film
»Im Schatten des Holocaust«
In dem Dokumentarfilm von Heike Mundzeck (BRD, 54 Minuten; 1994) berichten Kinder von Opfern und Kinder von Tätern, mittlerweile selbst erwachsen, was es bedeutet, im Schatten einer unbewältigten Vergangenheit aufzuwachsen. Mit Erna Meyer und Georg Chodinski, Kinder von Opfern beziehungsweise Tätern, beides Mitglieder der VVN-BdA.

17.00 Uhr, Dammtorstr. 30a, 20354 Hamburg

Sonntag, 3. Juni
Grillfest
Zum Kennenlernen und Schnacken für Mitglieder und alle Interessierten ist das Fest im Juni gedacht,

ab 15.00 Uhr, vor und in den Räumen der VVN-BdA

Sonntag, 17. Juni
Antifa-Film:
»Von Richtern und anderen Sympathisanten«
Über 16 000 Todesurteile fällten die Sondergerichte und der Volksgerichtshof während der Nazi-Zeit. Die Richter und Staatsanwälte durften nach 1945 weiter »Recht« sprechen. Peggy Parnass, Journalistin, selbst eine Angehörige von Opfern der NS-Justiz, hat während ihrer 10-jährigen Arbeit als Gerichtsreporterin die Auswirkungen dieser Kontinuität erlebt und beschrieben. Ihrer radikal subjektiven Sicht, ihren Erlebnissen und ungeheuerlichen Begegnungen mit NS-Juristen von damals in den Gerichten von heute folgt dieser Film von Axel Engstfeld (BRD, 62 Minuten, 1982). Zu seiner Aufführung wird auch Peggy Parnaß wird erwartet.

17.00 Uhr, in der Dammtorstraße 30a, in 20354 Hamburg

»Nur« der Frauentag

(Fortsetzung von Seite 15)

ließ mich los und hat ein anderes Mädchen gegriffen. Und ich versteckte mich. Dann sehe ich, jemand zieht mich von hinten, zieht mich weiter. Auch irgendein Mann und er lächelt und gibt mir ein Stückchen Brot. So. Und ich schreie, schreie, und er steckt mir ein Stück Brot in den offenen Mund. Und er zog mich und ich ging mit. Weil er mir das Brot gab, das heißt, er war gut. und er hat mich ausgefragt: Wo ich herkomme, was. Und als ich sagte, dass ich 1925 geboren bin, das heißt, ich war erst 17, rissen sie die Augen auf. Er sagt: Man hätte ihm gesagt, ich sei 40. Ich brauche so eine junge nicht. Sie wird nicht arbeiten. So, stellt euch vor, wie ich aussah, wenn sie mich mit 17 für 40 hielten.«

Muza hat den Krieg und Zwangsarbeit überlebt. Sie hat es aber nicht geschafft, eine Familie oder Liebesbeziehung aufzubauen. Nach dem Schock, den sie durch die Desinfizierung erlitten hatte, bekam sie ihre ersten und zugleich letzten Tage. Sie hat keine Kinder. Sie wohnt allein. Zu ihr kommen täglich viele Leute, bitten um Hilfe und um Rat, denn Muza kann heilen. Ihre Tür ist im wahrsten Sinne des Wortes immer offen. Für die Nachbarn, für die Katzen und Hunde.

Muza hat ihre Geschichte mit mir geteilt, aber viele Frauen hatten noch nicht einmal diese Gelegenheit. Das ist sehr traurig. Die 140 toten Frauen aus dem Valvo-Werk hatten diese Gelegenheit nicht. Sie konnten nicht leben, nicht lieben und nicht erzählen. Es ist aber sehr wichtig, dass wir sie trotzdem nicht vergessen. Wir wissen nicht, wer sie waren. Es waren sicher mutige und verletzliche unter ihnen, romantische, praktische, optimistische und verzweifelte. Sie waren sehr, sehr jung, als sie starben. Wir nehmen den internationalen Frauentag zum Anlass, ihrer zu gedenken. Aber wir sollten uns auch im täglichen Leben ins Gedächtnis rufen, was für ein Schicksal sie hatten, und ihrer gedenken.



Sowjetische Zwangsarbeiterinnen bei Erdarbeiten am Diestelkai
Bild: LBSt HH

Welche Bedeutung hat der Frauentag heute?

Ursprünglich war es der Tag der Solidarität und Kampf der Frauen für die Rechte: Es war gemeinsam, optimistisch und hemmungslos. Heute kämpfen die Frauen verschiedener Länder um häufig konkrete Dinge: legale Abtreibung, die Rechte von Lesben, freie Berufswahl, ökonomische Unabhängigkeit, und vor allem kämpfen sie gegen Gewalt, die Frauen angetan wird: In der Familie und anderswo. In Belarus hat der Tag seine Bedeutung verloren. Er ist nur ein Ritual. Es ist ja »nur« Frauentag. Man sagt: Tag unseres schönen Geschlechts. Es geht nicht um Rechte, oder Kampf, oder Solidarität, sondern um Blumen, Champagner, Pralinen und den arbeitsfreien Tag. Es ist ein Tag geworden, an dem die Frauen Aufmerksamkeit von Männern erwarten und sich selbst kraftlos darstellen. Die Idee ist tot.

Heißt es, dass es keine Gründe zu kämpfen gibt? Sind alle Rechte schon erreicht? Es gibt Rechte, die nur auf dem Papier bestehen, aber in der Realität nicht durchgesetzt sind.

Deshalb denke ich, dass der Internationale Frauentag immer noch aktuell ist. Die Frauen in Belarus, deren Verwandte und Bekannte aus politischen Gründen im Gefängnis sind, wollten eine Demonstration in Minsk organisieren. Das wurde von der Regierung abgelehnt. Die Frauen sind in unser Nachbarland Ukraine ausgewichen und haben den Protest in Kiew durchgeführt.

Peggy Parnass hat einmal gesagt, dass sie ihr ganzes Leben kämpft. Gegen Nazismus, Atomwaffen, Bundeswehrdienst. Für Frieden, Gleichberechtigung, Toleranz. Es fällt schwer, zu kämpfen, ohne Hoffnung, dass Ziel zu erreichen. Sie kämpft aber weiter. »Nicht aufgeben - Nicht ruhig bleiben«! Das lerne ich von Dir, Peggy, das lerne ich von meinen Interviewpartnerinnen, dass lerne ich von Frauen, die immer in Bewegung sind und die, die anderen dabei bewegen.

Kunst im Helmuth-Hübener-Haus

Naziopfer mit kreativer Gestaltung gewürdigt

Ein Haus mit bedrückender Geschichte ist seit vielen Jahren eine Wohnunterkunft für wohnungslose Männer. Das Helmuth-Hübener-Haus an den Hütten 42 wurde nun von seinem Träger »fördern & wohnen« in Erinnerung an den Namensgeber des Hauses künstlerisch ausgestaltet. In Kooperation mit dem Projekt BauArt des Vereins Kunst und Kultur für Alle e.V. sind hier kreative Gestaltungselemente entstanden. Sie würdigen Helmuth Hübener, der als Widerstandskämpfer während der Nazi-Diktatur denunziert, verhaftet und zum Tode verurteilt wurde. Er war erst 17 Jahre alt.



Helmut Hübener